Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1914

115 (19.5.1914)

Visual Library

No. 115. Karlsruhe, Dienstag den 19. Mai 1914. 34. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 55 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Parlamentarische Selbstkritik.

Noch kurz vor Beginn der großen Sommerferien hat der Reichstag am Samstag bei der Beratung des eigenen Etats Gelegenheit genommen, sich ein wenig mit sich selbst zu beschäftigen. Eine solche Debatte der Selbstkritik war schon längst notwendig, und es wäre nur erwünscht, daß sie statt als Schlußwort an den Schluß, lieber als Vorwort an den Beginn eines neuen Sessionsabschnitts gestellt würde. Es ist auch kein Zufall, daß die ganze Frage von einem sozialdemokratischen Redner, dem Genossen Ledebour, aufgerollt wurde, denn keine Partei hat an der Existenz eines starken und leistungsfähigen Reichstags ein stärkeres Interesse als die Sozialdemokratie. Die Bürgerlichen können Wünsche und Beschwerden viel leichter auch in den einzelstaatlichen Parlamenten und direkt bei der Verwaltung anbringen; die Arbeiterklasse sieht dagegen im Reichstagswahlrecht und im Reichstag eine der wichtigsten Waffen ihres Emanzipationskampfs, und es muß ihr außerordentlich viel daran liegen, diese Waffe zu halten und sie immer schärfer zu machen.

Stärke und Leistungsfähigkeit sind Eigenschaften, von denen die erste durch die zweite bedingt ist. Ein Parlament muß vor allem seine Arbeiten glatt und sicher erledigen, wenn es der Regierung imponieren und seinen Willen durchsetzen will. Die Arbeiten des Parlaments sind nun aber keineswegs gleichbedeutend mit dem ihm von der Regierung auferlegten Arbeitspensum. Reichstag und Bundesrat stehen einander als gleichberechtigte Faktoren der Gesetzgebung gegenüber, und darum sollte sich der Reichstag seinen Arbeitsplan nicht einfach vom Bundesrat und vom Reichskanzler diktieren lassen. Er muß den Etat erledigen und er kann aus den Entwürfen, die ihm der Bundesrat vorlegt, herausgreifen, was ihm als das zunächst Wichtigste erscheint, er muß dabei aber auch Zeit behalten zur Ausübung eines wirklichen Initiativrechts, d. h. zur Durchberatung von Vorlagen, die aus seiner eigenen Mitte hervorgegangen sind.

Die Leitung der Reichstagsgeschäfte erfolgt der Form nach durch den Präsidenten, in Wirklichkeit durch den sogenannten Seniorenkonvent, einem in der Geschäftsordnung nicht vorgesehenen aber durch die Praxis notwendig gewordenen Ausschuß der Fraktionsvorsitzenden, der die Arbeitsdispositionen des Hauses regelt. Auf den Seniorenkonvent kann auch die sozialdemokratische Fraktion Einfluß üben, und es ist wünschenswert, daß dies nach einem vorbedachten Plan mit dem Aufwand der nötigen Energie geschieht. Eine Fraktion von der Stärke der Sozialdemokratie hat es in der Hand, die Geschäfte des Reichstags zu fördern oder zu hemmen, ihr Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsplans kann darum auch durch kompackte Majoritäten nicht ausgeschaltet werden.

Im Mittelpunkt aller Beschwerden, die namentlich von bürgerlicher Seite geführt werden, steht die Klage über die sogenannte Vielrednerei. In der Form, in der sie erhoben wird, ist sie der Ausfluß der Nervosität, die sich im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen bei allen einstellt, die als Abgeordnete oder als Journalisten mit ihnen beschäftigt sind. Die Gegenstände, die im Reichstag behandelt werden, sind so vielgestaltig, daß kein Teilnehmer dem Schicksal entgeht, lange Erörterungen über Dinge hören zu müssen, die ihm absolut uninteressant und langweilig sind. Aber selbst ein stets gleichbleibendes ungeteiltes Interesse vorausgesetzt, gehört das fortwährende Anhören von Reden — acht Stunden im Tag oder länger — für die meisten zu den psychologischen Unmöglichkeiten. Nun ist es aber auch nicht notwendig, daß alles von allen gehört und von allen gelesen wird: eine vollständige Uebersicht über das Ganze ist nur für die Präsidenten, die Fraktionsvorsitzenden und die — Berichterstatter nötig, wozu allerdings ein ganz ungewöhnliches Maß von Spannkraft gehört.

Nervöse Klagen über Vielrednerei wären also an sich nicht tragisch zu nehmen, denn ein Parlament, in dem nicht gesprochen wird, ist nun einmal nicht zu denken. Eine andere Frage aber ist, ob der Verhandlungs- also Redestoff immer richtig eingeleitet ist, so daß das Wichtigste den ihm gebührenden Platz erhält und das Unwichtige dagegen zurücktritt, ob ferner nicht Wiederholungen und allzubreite Ausspinnung ihres Themas durch einzelne Redner vermieden werden könnten. Daß in dieser Beziehung alles ist, wie es sein sollte, wird niemand behaupten.

Ein Teil der Schuld an den bestehenden unglücklichen Zuständen trägt die ungenügende Berichterstattung aus den Kommissionen. In vielen Fällen könnte eine Kommissionsberatung, über die ausführlich berichtet wird, ausgedehnte Diskussionen bei der zweiten und dritten Lesung überflüssig machen. Zum anderen Teil, auch das soll nicht bestritten werden, trägt Unvollkommenheit der rednerischen Begabung das Ihre dazu bei, die Verhandlungen allzusehr ins Breite ausladen zu lassen. Es ist nicht jedem Redner gegeben, das, was er zu sagen hat, knapp und bestimmt vorzutragen, oder die Wichtigkeit seines Themas im Rahmen des Ganzen richtig einzuschätzen. Solche Redner bringen dann sich selbst um ihre Wirkung und nützen bei bestem Willen durch Uebermaß rednerischen Kraftaufwands weder der Partei noch dem Parlament. Es ist Sache der Fraktionen, dahin zu wirken, daß sich der Einzelne stets dem Ganzen einordnet und sich die dazu nötigen Beschränkungen auferlegt.

Das Parlament redet nicht um zu reden, sondern um zu beschließen. Hinter seinen Worten soll bewußter Tatwille stehen. Unentbehrlich als Werkzeug der Kritik, als Kampfplatz der Weltanschauungen, als Sprachrohr der Volksmeinungen soll es doch viel mehr sein als dies alles zusammen genommen, nämlich eine Volksvertretung, die dem Reich die Gesetze gibt, und die sich vor dem andern Faktor der Gesetzgebung, dem Bundesrat, eben als Volksvertretung Vorrang und ausschlaggebende Stellung erkämpft. In der Unsicherheit des Arbeitsplanes und der Zeiteinteilung des Reichstags liegt eine erhebliche Schwächung seiner ohnehin stark bedrängten und scheel angesehenen Position; sie gibt Anlaß zu Kritiken, die nicht bessern, sondern den Reichstag zur Freude der Regierung und der Bureaukratie in der allgemeinen Achtung herabsetzen wollen. Umso notwendiger ist die parlamentarische Selbstkritik, die Fehler erkennt, um sie zu beseitigen. Auch der Reichstag kann nur durch Selbstkontrolle und strenge Arbeit an sich selber werden, was er sein soll!

Deutsche Politik.

Kein Zündwaren-Monopol.

Gegenüber der Meldung, daß eine Vorlage über ein Zündwaren-Monopol vorbereitet werde, läßt die Regierung erklären, daß nicht die Absicht bestehe, ein solches Monopol einzuführen oder überhaupt an dem bestehenden Zustand etwas zu ändern.

Vom Wehrbeitrag.

Wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, wird der Wehrbeitrag 1200 Millionen Mark bringen, also 200 Millionen Mark mehr, als angenommen worden war. Das Blatt behauptet, nach den ihm zugegangenen Informationen sei es völlig ausgeschlossen, daß das letzte Drittel des Wehrbeitrags eine Kürzung erfährt.

An der Spitze aller Regierungsbezirke steht mit dem Wehrbeitrag der Regierungsbezirk Düsseldorf, der 73 Millionen aufbringt. — Die Stadt Dortmund zahlt annähernd 4 Millionen Mark Wehrsteuer.

Die überstandene Präsidentschaftskrise.

Als unser Genosse Scheidemann am Freitag der berechtigten Unzufriedenheit über die Geschäftsführung des Herrn Kaempf durch die Bemerkung Ausdruck verlieh, er sehne sich nach der Präsidentschaft eines Graf Ballestrem zurück, ertönte nicht nur auf den sozialdemokratischen Bänken, sondern auch im Zentrum und auf der Rechten lebhafter, zum Teil stürmischer Beifall. Diese Demonstration war nicht mißzuverstehen, und man mußte eigentlich erwarten, daß der Präsident, nachdem ihm ein so deutliches Mißtrauensvotum ausgestellt war, sein Amt niederlegen würde. Das ist nicht geschehen. Herr Kaempf ist auf seinem Platze geblieben, aber es hat den Anschein, als ob er zuvor von den Parteien der Rechten doch noch eine Art von Vertrauensvotum gefordert habe, denn in merkwürdiger Uebereinstimmung erklären „Kreuzzeitung" und „Post" am Samstag abend, daß die Konservativen und Freikonservativen den Worten Scheidemanns keinen Beifall gezollt hätten, und daß von einer Kundgebung der Rechten gegen den Leiter der Geschäfte des Reichstags keine Rede sein könne. Ja, noch mehr als das, „Post" und „Kreuzzeitung" bescheinigen dem Angegriffenen, daß er sich in letzter Zeit gebessert habe, wobei das freikonservative Scharfmacherblatt in aller Naivität noch die Anerkennung hinzufügt, daß der Herr Präsident bemüht sei, „rednerische Ausschreitungen insbesondere der Sozialdemokratie" einzuschränken.

Nun ist die Behauptung, die Rechte habe Scheidemanns Worten keinen Beifall gespendet, ein ebenso großer Schwindel wie die feierliche Achtungsbezeugung. Aber was wollte man machen? Hätte man Herrn Kaempf in diesem Momente fallen lassen, so hätte das eine Stellungnahme zugunsten der Sozialdemokratie bedeutet, und so etwas mußte natürlich vermieden werden. So entschlossen sich die konservativen Parteien zum Rückzug, der ihnen durch die Hoffnung auf die Schließung der Session und die dadurch notwendige Neuwahl des Präsidiums im Herbst erleichtert wurde und den sie obendrein noch dadurch maskieren konnten, daß sie des fortschrittlichen Präsidenten energisches Auftreten „insbesondere gegen die Sozialdemokratie" ausdrücklich hervorheben.

Arbeitswilligenschutz in der sächsischen zweiten Kammer.

Scharfmacherblätter berichten triumphierend, daß in der sächsischen zweiten Kammer der folgende Antrag einstimmig angenommen worden sei:

„Die Kammer wolle beschließen, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen:

a) eine Verordnung über das Verhalten der Polizeibehörde bei gewerblichen Streitigkeiten im Sinne der Erklärung des Herrn Ministers des Innern in der Sitzung der zweiten Kammer vom 29. Januar 1914 zu erlassen,

b) im Bundesrate dahin zu wirken, daß die Willensfreiheit des einzelnen Staatsbürgers gegenüber den bei Wirtschaftskämpfen hervorgetretenen Ausschreitungen, von welcher Seite sie auch ausgehen, durch Strafvorschriften, sowohl im Strafgesetzbuch wie in der Gewerbeordnung einen ausreichenderen Schutz erhält, als er jetzt vorhanden ist."

Die Einstimmigkeit sei dadurch erzielt worden, daß die Konservativen auf die weitergehende Forderung der sofortigen Einführung strafrechtlicher Bestimmungen gegen Streikende und auf das Streikpostenverbot verzichtet hätten. Diese Einstimmigkeit bezieht sich natürlich nur auf die bürgerlichen Parteien, denn die Sozialdemokraten hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen. Unter solchen Umständen kann schon eine Einstimmigkeit zustande kommen.

Die Fortschrittliche Volkspartei

hielt am Samstag eine Zentralausschuß-Sitzung ab. Nach dem Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses bestehen in der Fortschrittspartei gegenwärtig 23 Landesverbände, 14 Bezirksverbände, 82 Kreiswahlvereine, 1587 Vereine und 151 Bezirks- oder Ortsgruppen. Dazu kommen noch 2 Frauenvereine und 43 Jugendvereine. Die dem Fortschritt angehörigen Arbeiter sind in 23 Arbeitervereinen und 66 Ortsgruppen des Reichsvereins der liberalen Arbeiter vereinigt. Nach dem Bericht zählt die Partei in all diesen Organisationen zusammen 240 000 Mitglieder. In der Programmfrage wurde ein Antrag angenommen, der es zurzeit nicht für angebracht hält, besondere Leitsätze für die einzelnen Berufsschichten (Handwerker-, Agrar- und Arbeiter-Politik) neben dem Programm aufzustellen.

Stendal-Osterburg.

Der wenig erfreuliche und für die Nationalliberalen besonders niederdrückende Ausfall der Reichstagsersatzwahl von Stendal-Osterburg gibt dem „Deutschen Kurier" Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

Wer, wie wir, in dem Wahlkampf mitgefochten hat, der weiß, daß nur den niedrigsten und verwerflichsten Mitteln des Boykotts und Saalabtreibens — in fast 70 Ortschaften war für die Liberalen sogar nicht einmal ein Plätzchen unter freiem Himmel zu erhalten — die Konservativen ihren Zuwachs verdanken, und darauf brauchen sie wahrhaftig nicht stolz zu sein. . . . Nie hat, das darf man ruhig behaupten, die konservative Partei, auch im dunkelsten Ostelbien nicht, mit so niedrigen und verwerflichen Mitteln gefochten, wie in Osterburg-Stendal: mit Terrorismus und Boykottandrohung, mit Saalabtreiben und persönlicher Hetze gegen den liberalen Kandidaten. Gerade das aber muß in der Stichwahl alle liberalen Kräfte antreiben, nun erst recht mitzuarbeiten, daß die Konservativen einen Denkzettel erhalten, den sie dann für die Zukunft beherzigen. Alles, was solche niedrigen Kampfesmittel verabscheut, muß sich zusammentun, um ein für allemal den konservativen Herren zu zeigen, daß man gewillt ist, mitten im Herzen des Deutschen Reiches solche Manieren nicht mehr zu dulden.

Die Ermannung des nationalliberalen Blattes kommt ein wenig spät. Und auch heute beschränkt sich seine Polemik darauf, die gewiß sehr anfechtbaren Wahlmethoden der Konservativen zu brandmarken, während man von einem grundsätzlichen Kampf nichts merkt. Wer, wie die Nationalliberalen von Osterburg-Stendal, mit den Waffen der Konservativen ficht und sich bemüht, nachzuweisen, daß er noch viel agrarischer, noch viel nationaler, noch viel staatserhaltender sei als der konservative Gegenkandidat, der wird niemals auf besonderen Erfolg rechnen können. Denn in all diesen Artikeln sind nun einmal die Konservativen die älteren und angesehenere Firma. Die Reaktion kann nur überwunden werden im Kampfe gegen ihre Grundsätze, diesen Kampf zu führen, sind aber die Liberalen nicht imstande. Und wenn die Aussichten ihres Kandidaten auch für die Stichwahl recht ungünstig stehen, so ist der konservative Terrorismus daran zum mindesten nicht allein schuld.

Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Nationalliberalen aus den Erfahrungen von Osterburg-Stendal die entsprechenden Folgerungen ziehen werden. Im Gegenteil ist bei ihnen ein immer weiteres Rücken nach rechts zu beobachten, und die nächste Reichstagssession wird den durch die Nationalliberalen verstärkten schwarzblauen Block wahrscheinlich schon an der Arbeit sehen.

Ausland.

Belgien.

Das belgische Schulgesetz angenommen. Der belgische Senat hat das Schulgesetz, um welches sich in der Kammer sowohl wie im Senate die heftigsten Kämpfe abgespielt haben, angenommen. Die gesamte Linke — die liberalen und sozialistischen Abgeordneten — verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal, sodaß das Gesetz allein mit den Stimmen der Klerikalen zur Annahme gelangte. Im Namen der liberalen Linken verlaß der Senator Hanrez eine Erklärung, die besagt, daß dieses Schulgesetz gegen die Grundlagen der belgischen Verfassung verstoße, indem es die Gewissensfreiheit bedrohe. Das

Gesetz bedrohe weiter die öffentlichen Schulen durch die Privilegien, welche es den Klosterschulen gewähre. Es schädige die intellektuelle Kultur der Nation und begünstige den Haß und die Trennung schon unter den Schulkindern, bedrohe den öffentlichen Frieden und die nationale Einheit und trage dazu bei, daß eine Partei die anderen Parteien des Landes unterdrücken und verächtlich machen könne.

Der Senator Genosse Coppieters verlas die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des Senats, in der es heißt:

„Durch dieses Schulgesetz wird die moralische Erziehung der Kinder ausschließlich durch den religiösen Unterricht ersetzt, ja, es ist sogar durch das Gesetze gestattet, alle anderen Ansichten als die der Kongregationisten in der Schule vor den Kindern zu beschimpfen und zu verleumden. Das Schulgesetz trägt den Stempel fanatischen Kastengeistes. Aber wir rufen alle Städte und alle demokratischen Gemeinden auf zum Widerstand gegen dieses Gesetz des Fanatismus und des Krieges." Diese Erklärung schloß mit einer Ankündigung des Kampfes bis aufs Aeußerste.

Der König hat nun die letzte Entscheidung. Die Entscheidung dürfte nicht zweifelhaft sein. Indem er den Führer der Klerikalen, Woeste, vor einigen Tagen zum Grafen machte, hatte er gewissermaßen seine Entscheidung schon vorweg getroffen.

Badischer Landtag.

76. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 18. Mai.

Präsident **Rohrhurst** eröffnet die Sitzung um 4.25 Uhr.

Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Regierungsvertreter.

Eingegangen ist eine Petition des Bezirksvereins Baden-Pfalz im deutschen Fleischerverband um Aufhebung der Fleischsteuer; ferner Projektsskizzen in Betreff der im Hause geltend gemachten Wünsche nach Beschaffung weiterer Geschäftsräume im Ständehaus.

Aenderung der Landesbauordnung.

Abg. **Schöpfle** (Kons.) berichtet über den Antrag des Abg. Fischer (Kons.) u. Gen., die Aenderung der Landesbauordnung betr. Die Antragsteller gehen von dem Standpunkt aus, daß man bei den Bauordnungen Stadt und Land nicht gleichmäßig behandeln soll. Man soll für das Land einzelne Vorschriften erleichtern oder in Wegfall bringen lassen; besonders soweit dies im Zusammenhang mit den Stallungen usw. nötig ist. Die Regierung hat gegen die Aenderungen Bedenken. Sie will jedoch durch neue Erlässe Erleichterungen schaffen; womit die Kommission den Antrag als erledigt betrachtet wissen will.

Abg. **Wiedemann** (Zentr.) berichtet über die hierzu vorliegenden Petitionen des Verbandes bad. Bau- und Maurermeister und der bad. Grund- und Hausbesitzervereine; sowie des Bürgervereins der Oststadt Karlsruhe, die Beschaffung gesunder und billiger Wohnungne betr. Es handelt sich bei diesen Petitionen um Mansardenwohnungen. Es wurde in früheren Landtagen betont, daß die Aufhebung des Verbots des Wohnens in Dachstühlen die Baupreise verteuern würde; auch sei das Wohnen in den Mansarden nicht gesund. Der Hausbesitzerverein meint, daß das Wohnen in Mansarden die Preise für die Miete vermindern und damit den Minderbemittelten zugute kommen würde. Die Regierung lehnt eine Aenderung der Bestimmungen des § 29 ab, ist jedoch bereit, für eine Milderung zu sorgen. Es wurde in der Kommission darauf hingewiesen, daß Mansardenwohnungen verboten seien; andererseits würden andere schlechte Wohnungen vermietet. Auch seien die Mietspreise sehr teuer; wie dies besonders die Petition des Oststadtvereins hervorhebt. Es wird daher gebeten, das Bewohnen der Mansardenwohnungen zu gestatten. Die Kommission steht den Petitionen sympathisch gegenüber und beantragt empfehlende Ueberweisung.

Minister v. **Bodman**: Was den Antrag Fischer auf Aenderung der Landesbauordnung betrifft, so ist der zugesagte Erlaß bereits Ende März hinausgegangen, wodurch den Wünschen der Kommission Rechnung getragen wurde. Mit diesem Erlaß dürften allen berechtigten Wünschen Rechnung getragen sein. Die Stellung der Kommission zur Bewohnung von Dachstühlen ist mir unbegreiflich. Denn die Kommission stellte sich früher mehrmals auf den Standpunkt der Regierung, das Bewohnen der Dachstühle zu verbieten. Durch die Bauordnung ist die Zahl der Stockwerke bestimmt und gleichzeitig bei 4 oder 5 Stockwerken das Verbot der Dachstuhlwohnungen ausgesprochen. Bei vier Stockwerken ist das Bewohnen gestattet, wenn an dem Platze außerdem fünfstöckige Häuser stehen. Durch das enge Zusammenwohnen entstehen ungesunde Verhältnisse. Der Statistik zufolge ist die Säuglingssterblichkeit am größten in den Dachgeschossen. Im einzelnen kann es ja vorkommen, daß Dachwohnungen in neuen Häusern gesünder sind, als andere Wohnungen in alten Häusern. Wenn man so dichtes Wohnen zuläßt, werden die Grundstückspreise steigen. Wenn wir Minderbemittelten billige Wohnungen verschaffen wollen, müssen wir andere Wege einschlagen. Die Wohnungen in Dachstühlen sind doch nichts erstrebenswertes für die Minderbemittelten; hier sollte man nach Eigenhäusern streben. Durch Ihren Antrag wollen Sie der Regierung in die Arme fallen. Wenn den Bauherrn der Wille erfüllt wird, so wird der Gedanke erweckt, daß man eine Verletzung der Bauordnung sanktioniert. So kann man nicht verwalten, so kann ich nicht mein Amt führen. Ich bedauere daher, daß Sie den Bauherrn ihren Wilen erfüllten, indem Sie den Antrag empfehlend überwiesen. Wo die Vorschriften zu Härten führt, ist sie zu Milderungen bereit. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie die Petition der Regierung nicht empfehlend, sondern nur zur Kenntnisnahme überweisen würden.

Abg. **Kolb** (Soz.) zur Geschäftsordnung: Der Antrag über die Petitionen scheint Bedenken zu erwecken, da durch den Hinweis des Ministers auf gesetzliche Vorschriften neue Gesichtspunkte in Betracht kommen. Ich beantrage daher Zurückverweisung an die Kommission.

Die Abg. **Rebmann** (Natl.) und **Wittemann** (Zentr.) schließen sich an. Abg. **Kopf** (Zentr.) äußert erst Bedenken, ist dann jedoch einverstanden.

Die Petitionen werden an die Kommission zurückverwiesen. Ueber den Antrag Fischer wird in die Beratung eingetreten.

Abg. **Fischer** (Kons.) begründet folgenden Antrag: „Die Unterzeichneten beantragen, die Großh. Regierung zu ersuchen, eine Aenderung der Landesbauordnung herbeizuführen, durch welche der Eigenart ländlicher Verhältnisse durch besondere Bestimmungen Rechnung getragen wird."

Die Abänderung des § 57 ist wünschenswert. Der Erlaß der Regierung ist erfreulich. Doch wäre eine weitere Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse bei den Bauvorschriften zu begrüßen.

Vom **Regierungsvertreter** wird mitgeteilt, daß dem Wunsche des Vorredners bezüglich der Bauordnung in teilweiser Hinsicht bereits durch den Erlaß entsprochen wurde.

Abg. **Fischer** (Kons.) geht auf die Vorschriften über die Entfernung bei den Häusern ein.

Abg. **Albiez** (Zentr.): Man sollte sehen, durch mildernde Vorschriften zu vermeiden, daß später Prozesse entstehen.

Abg. **Stork** (Natl.): Man sollte den Wünschen entgegenkommen. Der Antrag selbst hat nur den Zweck, Agitationsstoff zu besorgen. (Widerspruch bei den Konservativen.)

Abg. Dr. **Bernauer** (Zentr.): Die Bekanntgabe des Ministers an die Bezirksämter wird den Mitteilungen in der Kommission entsprechen. Damit ist den Antragstellern Genüge getan. Diese gaben sich in der Kommission damit auch zufrieden. Allen kann man es allerdings nicht recht machen. Mißvergnügte wird es immer geben.

Abg. **Banschbach** (Kons.): Es handelt sich bei unserem Antrag nicht um ein parteipolitisches Interesse, wie Abg. Stork meinte.

Abg. Dr. **Gerber** (Natl.) gibt zu, daß auf dem Lande durch die Vorschriften Schwierigkeiten entstanden sind.

Der Antrag der Kommission, durch Erlaß des Ministers den Antrag Fischer als erledigt zu erklären, wird einstimmig angenommen.

Benützung von Motorbooten.

Abg. **Schirrmeister** (Zentr.) erstattet den Bericht der Kommission über den Antrag Schirrmeister (Zentr.) u. Gen., das Verbot der Benützung von Motorbooten bei der Fischerei aufzuheben. Einer grundsätzlichen Zulassung von Motorbooten auf dem Bodensee kann die Regierung nicht zustimmen; doch will sie mit anderen Staaten wegen Milderung in Verhandlungen treten. Die Kommission beantragt, den Antrag durch die Erklärungen der Regierung den Antrag Schirrmeister als erledigt zu erklären.

Abg. **Schirrmeister** (Zentr.) hat seinen Bemerkungen als Berichterstatter nichts weiter zur Begründung anzufügen.

Abg. **Kramer** (Soz.):

Die Motorboote werden in verschiedenfacher Hinsicht heute schon gebraucht; die Fischer bitten jedoch um eine weitergehende Zulassung. Der Beschluß auf Verbot der Motorboote wurde durchbrochen. Bayern und Württemberg haben die Fischer direkt animiert, Motorboote anzuschaffen. Man kann es daher den badischen Fischern nicht verdenken, wenn sie die gleichen Rechte wie Bayern und Württemberg wollen. Allerdings muß man mit der Durchführung des Wunsches sehr vorsichtig sein. Auf alle Fälle müßten bei Zulassung Kautele gestellt werden; die Schonzeit müßte verlängert und die Fischzuchtanstalten müßten vermehrt werden. Geschieht dies nicht, dann würde die Fischerei im Bodensee Not leiden, was bei der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bodenseefischerei in Betracht zu ziehen ist. Die Motorbootfischerei ist also nicht ganz unbedenklich. Auch muß man der Einteilung des Bodensees in Hoheitsrechte Beachtung schenken. Man soll also mit den Motorbooten Erleichterungen eintreten lassen, so weit es möglich ist. Zu erwähnen ist ein Fall, bei dem badische Fischer, die mit ihrem Boot auf Schweizer Seite übernachten mußten, hierbei auf Schwierigkeiten gestoßen sind.

Abg. **Venedey** (F. Vp.): Mit dem Antrag soll kein Raubbau an der Bodenseefischerei getrieben werden. Die Bedenken des Abg. Kramer finde ich beachtenswert. Doch soll man den Wünschen der Fischer Beachtung schenken. Es sollen hierfür alle Staaten einheitliche Bestimmungen schaffen.

Abg. **Schirrmeister** (Zentr.) bittet die Regierung, den Wünschen der Fischer, soweit als möglich, entgegenzukommen.

Abg. **Banschbach** (Kons.) spricht zur Fischerei in der Jagst. (Präsident **Rohrhurst**: Heute wird nur im Bodensee gefischt. Große Heiterkeit.)

Ministerialrat **Arnold**: Bei einer allzugroßen Verwendung der Motorkräfte würden die kleineren Fischer im Konkurrenzkampf unterliegen. Die Konferenzteilnehmer waren im Jahre 1911 aber der Ansicht, daß man eine unbedingte Zulassung der Motorboote nicht gestatten könne; aber auch den Wünschen der Fischer soweit als möglich entgegenkommen sollte. Im Jahre 1912 wurde dann ein ähnlichlautender Entwurf angenommen Die Regierungen haben sich jedoch über diesen Entwurf noch nicht ganz geeinigt. Wir erwarten jedoch, daß hierüber bald eine Einigung erzielt wird, da der jetzige Zustand unerfreulich ist. Die diesbezügliche Konferenz findet im Juli statt. Wenn eine Einigung nicht erzielt werden sollte, dann müßten andere Mittel und Wege gefunden werden, eine Aenderung herbeizuführen.

Der Antrag Schirrmeister (Zentr.) u. Gen. wird durch die Erklärung der Regierung einstimmig als erledigt erklärt.

Interpellation über die Notlage der Steinindustrie.

Abg. **Seubert** (Zentr.) begründet folgende Interpellation: „Was gedenkt die Großh. Regierung zu tun, um der Notlage der badischen Steinindustrie abzuhelfen?" Besonders wird durch die Notlage die fränkische Steinindustrie betroffen. Mangels Arbeit ziehen die Leute aus jenen Gegenden immer mehr ab. Es ist traurig, daß jetzt, auch vom Staat, immer mehr Kunststeine verwendet werden. Man sollte durch Frachtermäßigung hier Entgegenkommen zeigen.

Minister v. **Bodman**: Der Regierung ist die Notlage der Steinindustrie bekannt und sie bedauert sie. Die Regierung hat hierüber neue Erhebungen veranlaßt, denen zufolge die Lage eine verschiedene ist. Die Porphyrwerke sind gut beschäftigt, während die Lage der Sandsteinindustrie eine sehr mißliche ist. Die Steinarbeiter sind vielfach gezwungen, nach auswärts zugehen, um Arbeit zu finden. Besonders trifft dies die Arbeiter im Neckar- und Maintal. Die Ursache des Rückgangs liegt im Betonbau. Bei den Vorzügen dieser Bauart ist eine Besserung kaum zu erwarten. Im Gegenteil kann man einen weiteren Aufschwung des Eisenbetonbaues erwarten. Bei einer ebungsh der Bautätigkeit kann man jedoch auch eine Besserung der Lage der Natursteinindustrie erwarten. Der Tätigkeit der Regierung sind enge Grenzen gesteckt. Der badische Staat hat für über 5 Millionen Aufträge auf Steine im Jahre an badische Unternehmer gegeben; das sind 89 Prozent seines diesbezüglichen Bedarfs. Es sollen die Paragraphen der Verdingungsverordnung beachtet werden, wonach badische Unternehmer möglichst den Vorzug erhalten. Wir haben auch die Gemeinden usw. ersucht, die einheimische Natursteinindustrie zu berücksichtigen. Auch bei Kasernenbauten wiesen wir darauf hin. Die Regierung verfolgt die Frage mit Sorgfalt.

Es wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Belzer** (Zentr.): Die Notlage der Steinindustrie ist chronisch geworden. Fast überall ist ein Rückgang zu verzeichnen. Bedauerlich ist die geringe Berücksichtigung der einheimischen Sandsteinindustrie bei Militärbauten.

Die Abgg. **Krauth** (natl.), **Müller-Eppingen** (kons.), **Niederbühl** (natl.) schließen sich den Ausführungen an.

Abg. **Kahn** (Soz.):

Es hat sich gezeigt, daß in der badischen Steinindustrie ein stetig größer werdender Notstand vorhanden ist. Dies trifft vor allem für die Sandsteinindustrie im Maingebiet zu. Hierdurch ist ein starker Rückgang der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterschaft zu verzeichnen. Von einzelnen Unternehmern wurde dadurch gesündigt, daß sie auf die natürliche Lagerung des Steines keine Rücksicht nehmen. Bei den Submissionen sollte man nicht nur nach der Billigkeit fragen. Es kommen ganz enorme Unterbietungen vor. Mir liegt eine solche über 300 Prozent vor. Die großh. Regierung sollte daher bei Vergebungen Entgegenkommen zeigen. Auch sollten die in Frage kommenden Gegenden mehr dem Verkehr erschlossen werden. Ein Entgegenkommen bei den Lieferungsbedingungen ist erwünscht. Es ist zu begrüßen, wenn die Regierung der Notlage der Steinindustrie Aufmerksamkeit schenkt. Unsere Fraktion ist dieser Frage bereits im Jahre 1910 mit einem Antrag näher getreten.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

19 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Allerdings", schränkte Brotteaux ein, „hätten diese Leute in ihrem wilden Verlangen, den Dieb aufzuknüpfen, auf ein Haar dem guten Ordensbruder, seinem Verteidiger und dessen Verteidiger übel mitgespielt. Ihr eigner Geiz und das selbstsüchtige Hängen an ihrem Besitz trieb sie dazu an. Der Dieb, der sich an einem vergriff, bedrohte alle; durch seine Bestrafung schützten sie sich vor ihm . . . Uebrigens mögen die meisten dieser Handwerker und Hausfrauen wohl ehrlich sein und Hab und Gut des Nächsten achten. Diese Gefühle sind ihnen von Vater und Mutter von klein auf tüchtig eingebläut worden . . ."

Gamelin verhehlte dem alten Brotteaux nicht, daß er diese Sprache eines Philosophen für unwürdig hielte.

„Die Tugend", sagte er, „ist dem Menschen eingeboren. Gott hat ihren Keim in den Menschenherzen gelegt".

Der alte Brotteaux war Atheist und sog sich aus seinem Unglauben eine Fülle von Genüssen.

„Ich merke, Bürger Gamelin", saget er, „daß Sie auf Erden revolutionär, in dem Dinge des Himmels jedoch konservativ, ja reaktionär sind. Mit Robespierre und Marat steht es ebenso. Und ich finde es seltsam, daß die Franzosen, die keinen sterblichen König mehr dulden, durchaus den unsterblichen behalten wollen, der viel wilder und tyrannischer ist. Denn was ist die Bastille, ja selbst das hochnotpeinliche Gericht gegen die Hölle? Die Menschheit schafft sich ihre Götter nach dem Bilde ihrer Tyrannen, und Sie verwerfen das Original, behalten aber den Abklatsch!"

„Oh, Bürger", rief Gamelin aus, „schämen Sie sich nicht, so was zu sagen? Wie können Sie die finstren Gottheiten, die Angst und Unwissenheit schufen, mit dem Schöpfer der Natur verwechseln? Der Glaube an einen guten Gott ist nötig für die Moral. Das höchste Wesen ist der Urquell aller Tugenden, und wer nicht an Gott glaubt, ist kein guter Republikaner. Das wußte Robespierre wohl, als er aus dem Konvent die Büste jenes Philosophen Helvetius verbannte, der die Franzosen zur Sklaverei anleitete, indem er ihnen die Gottlosigkeit lehrte . . Wenigstens hoffe ich, Bürger Brotteaux, daß Sie, wenn die Republik den Kult der Vernunft erst eingeführt hat, dieser philosophischen Religion beitreten werden".

„Ich liebe die Vernunft, aber ich bin nicht ihr Fanatiker", erwiderte Brotteaux. „Die Vernunft leitet und erleuchtet uns. Wenn Sie sie zur Gottheit erheben, wird sie Sie blenden und zu Verbrechen verleiten".

So deduzierte Brotteaux weiter, mit den Füßen im Rinnstein, wie er es vormals in den vergoldeten Lehnstühlen beim Baron Holbach getan, die, wie er zu sagen pflegte, die Grundlage der Naturphilosophie bildeten.

„Jean Jacques Rousseau", fuhr er fort, „besaß zwar einige Talente, namentlich das für Musik; aber er war ein Hanswurst, der seine Moral angeblich aus Natur ableitete, in Wahrheit aber aus Kalvins Lehren. Die Natur lehrt uns einander aufzufressen; sie gibt uns das Vorbild aller Laster und Verbrechen, welche die Gesittung beseitigt oder verhüllt. Man soll die Tugend lieben, aber es ist gut zu wissen, daß dies ein bloßes Mittel ist, damit die Menschen bequem miteinander auskommen. Was wir Moral nennen, das ist nur ein verzweifeltes Unternehmen von unsresgleichen gegen die Weltordnung, welche auf Kampf, Schlächterei und dem blinden Spiel feindlicher Kräfte beruht. Sie zerstört sich selbst, und je mehr ich darüber nachsinne, um so mehr glaube ich, daß das Weltall wahnsinnig ist. Die Theologen und Philosophen, die Gott zum Schöpfer der Natur und zum Begründer des Weltalls machen, stellen ihn als absurd und bösartig hin. Sie nennen ihn gut, weil sie ihn fürchten, aber sie müssen doch zugeben, daß er in entsetzlicher Weise verfährt. Sie schreiben ihm eine Schlechtigkeit zu, die selbst beim Menschen selten ist. Und dadurch machen sie ihn zum Gegenstand unserer Anbetung. Denn gerechte und wohlwollende Götter, von denen unser elendes Geschlecht nichts zu fürchten hat, würde es nicht verehren. Es würde ihnen für ihre Wohltaten nicht unnütz danken. Ohne Hölle und Fegefeuer wäre der liebe Gott nur ein armer Teufel".

„Mein Herr", sagte der Pater Longuemare, „reden Sie nicht von der Natur. Sie kennen sie nicht".

„Potztausend, mein Vater, so gut wie Sie!"

„Sie können sie nicht kennen, da Sie keinen Glauben haben. Der Glaube allein lehrt uns, was die Natur ist, inwiefern sie gut ist und wie sie verderbt wurde. Uebrigens glauben Sie nicht, daß ich Ihnen antworte und Ihre Irrtümer widerlege. Gott gab mir dazu weder die Glut der Sprache noch die Kraft des Geistes; und ich würde nur besorgen, daß ich Ihnen durch meine Unzulänglichkeit Anlaß zu Lästerung und zu Verstocktheit gäbe; und wenn ich lebhaft wünschte, Ihnen dienlich zu sein, so könnte ich Ihnen in meiner unbescheidenen Nächstenliebe nichts bieten als" . . .

Seine Worte unterbrach ein lautes Geschrei an der Spitze der Reihe, das Signal für all diese Hungrigen, daß die Bäckerei geöffnet wurde. Langsam, ganz langsam rückte man weiter Ein dienstuender Gardist ließ die Käufer einzeln hinein. Zwei Zivilkommissare, eine Trikolore am linken Arm, halfen dem Bäcker, seiner Frau und seinem Gehilfen beim Brotverkauf und paßten auf, ob die Käufer auch zum Bezirk gehörten und ob jeder nur soviel bekam, als er Münder zu versorgen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 21. Mai. 49. Vorst. auß. Ab. Kleine Preise. **„Die Meistersinger von Nürnberg"** in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

Freitag, 22. Mai. C. 61. **„Jedermann"**, das Spiel vom Sterben des reichen Mannes, erneuert von Hugo Hofmannsthal. Anfang 8 Uhr, Ende nach ½10 Uhr.

Samstag, 23. Mai. B. 60. **„Cosi fan tutte"** (So machens Alle), komische Oper in 2 Akten von Mozart. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Die Abgg. **Neuhaus** (Zentr.), Dr. **Gerber** (natl.) schließen sich ebenfalls den Ausführungen an. Die übrigen vorgemerkten Redner verzichten auf das Wort.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Anträge über Proporzwahlen, Kreisversammlungen und Gemeindewahlen.

Schluß der Sitzung: ½8 Uhr.

Badische Politik.

Zum Kapitel Zentrumstoleranz

schreibt man uns aus Lehrerkreisen: Der Endkampf um die Trennung des modernen Staates von der Kirche wird auf dem Felde der Jugenderziehung ausgefochten. Darauf deuten viele Zeichen. Nicht von ungefähr wurden die Schulverhandlungen im Badischen Landtag bis zur Höhe bedeutungsvoller Kulturdebatten emporgetrieben. Das Zentrum hat eine Masse Geschütz aufgefahren, um auch bei dieser Gelegenheit ein Stückchen des wertvollen Kulturlandes für sich zu erobern. Wie wichtig es der Geistlichkeit ist, die Hand in der Schule stecken zu haben, geht aus einem Erlaß des Kultusministeriums hervor, der am 13. April ds. Js. herauskam. Es wird darin erwähnt, die Herren Geistlichen hätten den Umstand, daß sie zu den Beratungen über das Ergebnis der Reifeprüfungen an Mittelschulen nicht zugezogen werden, als „Kränkung" empfunden. Offenbar hielten die Geistlichen ihre Ausschaltung hierbei für einen kleinen Anfang der Trennung von Schule und Kirche, und es scheint, daß sie beim Ministerium vorstellig geworden sind. Das kam ihnen durch den genannten Erlaß so weit entgegen, daß nunmehr die geistlichen Lehrer ebenfalls bei der Beratung über das Ergebnis der Schlußprüfungen dabeistehen dürfen. Wenn man so sieht, mit welch zäher Hartnäckigkeit die Kirche sich an die nichtssagenden und bedeutungslosesten Rechtstitelchen klammert, so sollte das für den fortschrittlich gesinnten Teil des Volkes eine dringend Mahnung sein, schleunigst auf den Plan zu treten, um den schwarzen Gelüsten nach der Schule aufs schärfste zu begegnen.

Kein Freigesinnter wird so unbillig denken, daß er den katholischen Schülern die Möglichkeit rauben wollte, katholischen Religionsunterricht zu genießen. Alle Eltern sollen imstande sein, ihren Kindern Unterricht in der Religion angedeihen zu lassen, an der sie hängen, und die sie für notwendig halten. Diese Möglichkeit muß man nach dem Grundsatz des gleichen Rechtes aber auch den freireligiösen und konfessionslosen Eltern lassen. Es würde die größte Erbitterung unter diesen Eltern wachrufen, die größtenteils eine geistige Elite unter ihren Standesgenossen darstellen, wenn der Staat sich in dieser höchst persönlichen Angelegenheit in das Erziehungsgeschäft einmischte und versuchen wollte, den Eltern ihr eigen Fleisch und Blut geistig zu entfremden. Hier ist Zwang bezw. zwangsweise Einordnung in eine Konfession vom größten Uebel, denn es gibt keine Konfession, die die Ueberlegenheit ihrer erzieherischen Wirkungen gegenüber dem freien, dogmenlosen, unkirchlichen Gottesglauben nicht erst zu beweisen hätte.

Gerade auf diesen kecken Eingriff in die Elternrechte hat es unser „tolerantes" Zentrum abgesehen, dasselbe Zentrum, das bei jeder Gelegenheit über „Vergewaltigung der Katholiken" zetert und überall deren Zurücksetzung wittert. So weit versteigt sich bei dieser Partei der Sinn für „Wahrheit, Freiheit und Recht" doch nicht, daß sie diese allerselbstverständlichste Forderung konfessionsloser Eltern respektieren und nicht nach dem heiligen Gut der Kinder in schlecht verhehlter Lüsternheit die begehrlichen Hände ausstreckten. Darum macht ihnen und dem Herrn Kultusminister der Dissidentenparagraph so wenig Freude, und wer kann heute dessen Schicksal voraussagen?

Das Zentrum hat natürlich auch seine Gründe anzuführen für seinen Herzenswunsch nach obligatorischem Religionsunterricht für alle Kinder, auch für die der Dissidenten. Der Herr Abg. Kopf hat in der Sitzung vom 7. Mai einiges darüber verlauten lassen. Er bezeichnete den Religionsunterricht als notwendig für die allgemeine Bildung überhaupt. Man könne in unserem christlichen Staatswesen nicht zur vollen Höhe der geistigen Bildung gelangen, wenn man sich keine Kenntnisse über den Wesenskern, den Gedankeninhalt, die Geschichte des Christentums angeeignet habe. Mit der Sorge um die „Allgemeinheit" der Dissidentenkinder wurde also der Eingriff des Zentrums in die Erziehung der Eltern begründet. Das ist bemerkenswert. Früher pries man den Religionsunterricht als alleiniges moralisches Disziplinierungsmittel. Heute geht das nicht mehr. Die Herren haben sich überzeugen müssen, daß die Konfessionslosen ihnen an Moralität keineswegs nachstehen. Darum wird als Neuestes die Sorge um die „Allgemeinbildung" auf den Schild erhoben. Dieser Sorge darf sich Herr Kopf ruhig entschlagen. Was er zur Begründung sagte, ist nicht nur wissenschaftlich unhaltbar, es ist geradezu lächerlich. Man braucht nur an die vielen hochgebildeten Israeliten zu denken, die als Literaten, Künstler, Wissenschaftler, Naturforscher, Aerzte, Handelsherren Hervorragendes leisten, und die vom Gedankeninhalt des Christentums keine Ahnung haben und diesen sogar ablehnen, um zu erkennen, wie es mit der Unumgänglichkeit christlicher Religionskenntnisse als Fundament einer allgemeinen Geistesbildung steht.

Wir verweisen ferner auf das Zeugnis eines berühmten Pädagogen, dem man wahre, tiefinnerliche Religiosität nicht absprechen kann, und auf dessen Gedanken sich unsere ganze moderne Erziehung überhaupt aufbaut: auf Rousseau. Dieser vorzügliche Kenner der Kinderpsyche ist der Ansicht, man brauche mit einem Kind bis zu seinem 15. Lebensjahr nicht über „Religion" zu sprechen, ja vielleicht brauche es nicht einmal bis zu seinem 18. Jahre etwas davon zu lernen. Er möchte nämlich im Interesse einer wahren, auch das Herz des Gebildeten und Erwachsenen befriedigenden Religion verhüten, daß durch zu frühen Unterricht das Kind von der Gottheit eine phantastische, niedrige, sie herabwürdigende Vorstellung bekomme. Besser sei gar keine Kenntnis von Gott, als eine unwürdige. Er führt dafür das Beispiel einer Schweizer Mutter an, die aus diesen Gründen ihren Sohn absolut nicht in der frühen Jugend in Religion unterrichtet wissen wollte. Wenn ein Mann wie Rousseau das schreibt, so darf man dem schon einige Bedeutung beimessen. Und die Dissidenten haben recht, wenn sie dem Zentrum entgegenhalten, daß das höchste Ziel einer allgemeinen Geistesbildung doch wohl eine vertiefte Anschauung von der Gottheit ist, und daß ein freidenkender Vater seinen Sohn doch wohl nicht mit den Satzungen einer Religionsgesellschaft erfüllen will, die ihm selbst nicht mehr genügt, und mit deren Gottesbegriff er Schiffbruch gelitten hat. Die Zahl dieser innerlich Freigewordenen ist in Wirklichkeit viel größer, als das Zentrum wahr haben will, das immer die angeblichen 99 Prozent Gläubigen gegen das eine Prozent Dissidenten ausspielt. Die Mehrzahl der Kirchenanhänger rekrutiert sich aus Taufscheinchristen, die nur infolge der Mißlichkeiten und Schikanen, die der Kirchenaustritt mit sich bringt, mitsamt den Kindern in der Kirche bleiben. Das erhellt mit aller wünschenswerten Klarheit aus einem Artikel des Pastors Kötschke-Berlin, der mitteilt, daß an einem Sonntag, als die Besucherzahl in allen Kirchen Berlins statistisch festgestellt wurde, von allen „Gläubigen" sage und schreibe ein Prozent den Gottesdienst besuchte. Danach darf man wenigstens für Berlin die Proportion des Zentrums 99 Prozent : 1 Prozent gerade umkehren.

Wenn wir oben sagten, die Ausgetretenen stellten in ihrem Stande die geistige Elite dar, so stimmt das durchaus und beweist somit die Unhaltbarkeit der zentrümlichen Begründung. Die Richtigkeit unserer Behauptung bestätigt sogar ausdrücklich ein Philosoph, den niemand, der ihn kennt, für einen Kirchenfeind halten wird: der Berliner Universitätsprofessor Paulsen. Dieser sonst so zahme und konziliante Denker hält das Christentum und die christliche Religion nicht einmal zur moralischen Erziehung des Menschen für notwendig, geschweige denn für seine Geistesbildung. So schreibt er in seiner „Ethik": „Alle Welt weiß, daß fast alle edlen Männer, die unser Volk als seine geistigen Führer und als gute, wahrhafte und tapfere Männer verehrt, daß Goethe und Schiller, Kant und Fichte — und welchen Namen müßte man hier nicht nennen? — den kirchlich Ungläubigen zuzuzählen sind."

Diesen Satz mögen sich die Herren um Kopf genau zu Gemüte führen. In einer Hinsicht möchte ich ihnen allerdings zustimmen. Ich halte es auch für die Erziehung der Dissidentenkinder für unerläßlich, daß sie über ein Gebiet des Christentums unterrichtet werden, nämlich über die Ketzerverfolgungen, Inquisitionen, Religionskriege, Kreuzzüge und nicht zuletzt über die Geschichte gewisser Päpste.

Protest gegen die Schulreaktion im Badischen Landtag.

r. Am Sonntag, den 14. ds. Mts., fand in Heidelberg eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene Protestversammlung statt, welche gegen den seitens des Unterrichtsministeriums beliebten Kurs Stellung nahm. Referent war der Abg. Geiß-Mannheim. Die Versammlung war gut besucht. Der Referent ging in einstündigem Vortrag auf Vorläufer der heutigen politischen Situation, die sich schon bei den Wahlen bemerkbar machte, näher ein. Ueberzeugend wies Geiß nach, wie systematisch ein Annähern zwischen Regierung und Zentrum einerseits und zwischen Zentrum und Nationalliberalen andererseits unschwer zu erkennen sei. Alles deute darauf hin, daß ein langsames aber sicheres Rechtsschwenken der Nationalliberalen deutlich bemerkbar ist. Wenn diese Beweise in der politischen Arbeit des Landtages vor den Unterrichtsdebatten auch nicht besonders auffallend in die Erscheinung traten, so aber in herausfordernder Weise anläßlich dieser Debatten. Ganz recht hatte Geiß, wenn er meinte, man müsse sich unter sotanen Verhältnissen wohl überlegen, was man in der Folge mit den Nationalliberalen tun werde, nachdem anscheinend ein neuer Rechtsblock sich in Vorbereitung befinde. Lauten Beifall bekundete die Versammlung, der bewies, wie Geiß der Arbeiterschaft aus dem Herzen gesprochen hatte, als er die praktischen politischen Konsequenzen aus dem traurigen Verhalten der Nationalliberalen zog, indem er äußerte: **„Wenn wir in solchen Kulturfragen im Großblock nicht einig gehen, dann ist es besser, wir betrachten die ganze Großblockpolitik als erledigt."**

Gen. Stadtv. Maier sprach in der Diskussion ergänzend über die Haltung der Nationalliberalen und machte die Mitteilung, daß der Stadtrat in Heidelberg einstimmig beschlossen hat, an der bisherigen Praxis, wonach die Lehrer berechtigt sind, innerhalb der Debutatstunden den freireligiösen Unterricht zu erteilen, festzuhalten. Weiter wurde durch ihn mitgeteilt, daß von autoritativer Seite im Heidelberger Stadtrat erklärt wurde, daß nicht nur Mannheim, sondern auch die freireligiöse Gemeinde in Heidelberg öffentlich als Rechtsnachfolgerin der deutschkatholischen Gemeinde seinerzeit anerkannt worden ist. Mit einem markanten Appell, die politischen Konsequenzen zu ziehen, schloß Maier die Versammlung.

Landesversammlung der Fortschr. Volkspartei Badens.

Am Samstag und Sonntag fand in Karlsruhe die ordentliche Landesversammlung der Fortschr. Volkspartei Badens statt. In der Samstag Nachmittagtagung erstattete Parteisekretär Dr. Harzendorf aus Karlsruhe den Geschäftsbericht, in welchem er auf die Zunahme der Parteivereine wie der eingeschriebenen Mitglieder verwies. Am 1. Mai ds. Js. umfaßte die Fortschrittspartei Badens 138 Vereine mit 14 352 Mitgliedern. Bei den Neuwahlen wurde Stadtrat Dr. Fr. Weill einstimmig zum 1. Vorsitzenden wieder gewählt. Die Versammlung trat dann in die Besprechung über den Entwurf eines Kommunalprogramms, dessen weitere Ausarbeitung dem Geschäftsführenden Ausschuß überwiesen wurde, ein. Abends fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichstagsabg. Dr. von Schulze-Gaevernitz aus Freiburg über auswärtige Politik und Abg. Venedey aus Konstanz über badische Politik sprachen.

Am Sonntag vormittag wurden die Beratungen der Landesversammlung fortgesetzt. Malermeister Karl Lacroix in Karlsruhe beleuchtete das Verhältnis der Fortschrittlichen Volkspartei zum gewerblichen Mittelstand für den die Volkspartei gerade in Bildungsfragen eingetreten sei. Abg. Muser aus Offenburg besprach die politische Lage in Baden und die Tätigkeit des Landtags. Er kam in seinen Ausführungen in der Hauptsache auf seinen Antrag über die Befreiung der Lehrer vom Religionsunterricht zu sprechen. Dann behandelte Reichstagsabgeordneter Dr. Haas Fragen der Reichspolitik und des Reichstags. Alle Ausführungen fanden starken Beifall. Dann wurden die Beratungen mit einem dreifachen Hochruf auf das Vaterland von dem Landesvorsitzenden Dr. Weill geschlossen.

Die badischen Eisenbahnkantinen.

Als man die badischen Eisenbahnkantinen vor etwas mehr als einem Jahrzehnt ins Leben rief, wurden sie überall freudig begrüßt, insbesondere das Fahrpersonal erwartete von ihnen eine wesentliche Verbilligung der Kosten seines auswärtigen Aufenthalts. Anfangs schien es, als ob die Hoffnungen sich erfüllen sollten, aber jäh setzte der Umschwung ein, als die Sparsamkeitsära begann. Die Eisenbahnverwaltung baute die Einrichtung nicht nur nicht weiter aus, sie minderte vielmehr die bisher gewährten Vergünstigungen.

Bekanntlich hat die Eisenbahnverwaltung die Errichtung von Eisenbahnkantinen dadurch ermöglicht, daß sie die erforderlichen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung stellte und ferner die Geldmittel zur Beschaffung der Ausstattungsgegenstände usw. unverzinslich vorschoß. Dadurch waren die Kantinen in die Lage versetzt, die Mittagessen zu einem niedrigen Preis zu verabfolgen sowie auch sonst Eßwaren usw. fast zum Erstehungspreis abzugeben.

In letzter Zeit nun verlangt die Verwaltung in immer weitgehenderem Maße die Rückvergütung der seinerzeit gegebenen Vorschüsse; hierdurch sind hauptsächlich die kleineren Kantinen in Mitleidenschaft gezogen, denen es beim besten Willen nicht möglich ist, Ueberschüsse herauszuwirtschaften, es sei denn durch Erhöhung der Verkaufspreise. Außerdem wird seitens der Eisenbahnverwaltung bei Anträgen auf Neuerrichtung von Kantinen die Bedürfnisfrage sehr scharf geprüft und ebenso die Frage, ob die Kantine lebensfähig sein wird oder nicht. Dabei kommt das Interesse des Personals zu kurz. Die Neuerrichtung von Kantinen wird dadurch auch außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Ferner werden die Anträge schon bestehender Kantinen auf Beschaffung neuer Einrichtungsgegenstände bezw. Erweiterung ihres Wirkungskreises nicht mit dem nötigen Wohlwollen geprüft, d. h. die Geldfrage wird zu sehr in den Vordergrund gerückt.

Damit die Kantinen besser rentieren, d. h. das vorschüßlich bezahlte Kapital möglichst bald zurückbezahlt werden kann, wird das Personal der Kantinen ständig vermindert, was gewiß auch nicht immer von Vorteil für die Kantinenführung ist. Die Folge all dieser Maßnahmen ist, daß die weitaus größte Mehrzahl der Kantinen stagnieren und dem Personal kaum mehr oder nicht mehr so viel bieten als bei ihrer Errichtung. In einzelnen Fällen hat man den Kantinen auch damit auf die Beine geholfen, daß man ihnen den Verkauf von Bier und Wein usw. gestattete und dies in einer Zeit, wo die Eisenbahnverwaltung alle Vergehen, bei denen der Alkohol irgend eine Rolle spielte, so unnachsichtlich streng bestraft. Es ist ganz unbegreiflich, wie die Eisenbahnverwaltung so etwas machen konnte. Auf der einen Seite bestraft sie — und zwar mit Recht — jeden unerbittlich, der sich in Punkto Alkoholgenuß irgend etwas zuschulden kommen läßt und auf der anderen Seite läßt sie ihren Beamten und Arbeitern die geistigen Getränke sozusagen im Dienst nachtragen. Gerade vom Alkohol gilt mehr als sonst irgendwo das Sprichwort: „Gelegenheit macht Diebe". Wohl ist zuzugeben, daß die Anträge auf Einführung von alkoholischen Getränken fast ausschließlich von den Kantinenausschüssen gestellt wurden. Die Eisenbahnverwaltung bezw. ihre Organe hätten in diesen Fällen jedoch aufklärend wirken und auf die Schädlichkeit und Entbehrlichkeit der geistigen Getränke hinweisen sollen. Allerdings hätte dann auf andere Weise für die Finanzierung der betreffenden Kantinen gesorgt werden müssen. Ein Preisaufschlag auf die Speisen konnte natürlich nicht in Frage kommen; in Betracht wäre aber gekommen, den Kantinen eine einmalige oder ständige Beihilfe seitens der Eisenbahnverwaltung zu gewähren. Die hierauf verwendeten Geldmittel wären sicher sehr gut angelegt gewesen; die indirekten Kosten, die der Verwaltung durch die Erniedrigung einer Anzahl Kantinen zu Alkoholschankstätten erwachsen, sind viel höher, ganz abgesehen davon, daß es sich sehr schlecht ausnimmt, wenn die Eisenbahnverwaltung dem Genuß geistiger Getränke durch die Herstellung und den Vertrieb von Kaffee, Sodawasser, Limonaden usw. entgegengewirkt und auf der anderen Seite, um zu sparen, den Kantinen erlaubt, geistige Getränke auszuschenken. Auch dadurch hätten die Kantinen rentabel gemacht werden können, indem man ihnen je einen Verkaufsladen angegliedert hätte, wie dies in Mannheim der Fall ist. Eine solche Maßnahme hätte auch sonst noch große Vorteile für das Personal im Gefolge gehabt. Aber auch hier glaubte die Verwaltung andere Rücksichten walten lassen zu müssen..

In allererster Linie kann aber an einer Stelle gespart werden, an die bis jetzt wohl niemand gedacht hat; es sind dies die Vergütungen der Beamten für die Führung der Kantinenrechnung usw. Die hierfür aufzuwendenden Beträge sind sehr erheblich, teilweise bis 600 Mk. Aehnliche Beträge werden auch anderwärts bezahlt. Man wird wohl einwenden, die Beamten könnten also ohne weiteres erspart werden, ohne Dienstzeit besorgen. In den meisten Fällen ist es tatsächlich nicht so. Die Beamten haben auf jeder Station innerhalb ihrer Dienstzeit soviel Pausen, daß sie in diesen Zeiträumen die Kantinengeschäfte gut erledigen können. Die Vergütungen für die Beamten könnten also ohne weiteres erspart werden, ohne daß der Eisenbahnverwaltung Kosten durch Personalvermehrung entstehen würden. Einzelne Beamten haben schon selbst erklärt, daß eine Regelung sehr gut möglich wäre. Wir mißgönnen den Beamten den Nebenverdienst nicht, die Rücksicht auf die Allgemeinheit geht jedoch vor.

Zum Schluß sei noch einiges über die Kantinenausschüsse ausgeführt. Gegenwärtig ist der Dienstvorstand allgemein zugleich Vorsitzender des Ausschusses und bestimmt auch seinen Stellvertreter. Diese Einrichtung hat zur Folge, daß die Interessen der unteren Beamten und der Arbeiter, für die die Kantinen in erster Linie bestimmt sind, nicht immer in der wünschenswerten Weise berücksichtigt werden. Oft werden in den Kantinen Einrichtungen getroffen, die absolut nicht im Interesse der großen Mehrzahl der Kantinenbesucher liegen, wie z. B. die Einrichtung von Nebenzimmern und dergleichen. Auch sind die Dienstvorstände nicht immer zur Leitung einer Kantine geeigenschaftet. Daß ein Ausschuß auf die Wahl seines Vorsitzenden und dessen Stellvertreter gar keinen Einfluß hat, trifft man sonst nirgends. Es ist daher nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn wir verlangen, daß der Vorsitzende und sein Stellvertreter aus der Mitte des Ausschusses gewählt wird.

Nur wenn die von uns angedeuteten Reformen möglichst bald eingeführt werden, kann in die Kantinen wieder neues Leben einziehen und können sie die Erwartungen erfüllen, die das Personal von Anfang an auf sie gesetzt hat. Jede Mark, die die Eisenbahnverwaltung hier anlegt, wird reichlich Zinsen tragen. (Südd. Eisenbahn- und Postpersonal- Zeitung.)

Jugendbewegung.

Fortbildungsschüler müssen politische Hetzschriften kaufen.

So entschied das Landgericht Halle am Freitag in der mehrfach erörterten Angelegenheit der Einführung des politischen Hetzblattes „Wir sind Deutschlands Jugend" in den Fortbildungsschulen des Regierungsbezirks Merseburg. Einige Fortbildungsschüler in Schkeuditz, die im richtigen Empfinden das auf Veranlassung des Regierungspräsidenten v. Gersdorff als offizielles Lernmittel eingeführte politische Hetzpapier zurückgewiesen und die Bezahlung abgelehnt hatten, wurden mit Geldstrafen von je 3 Mk. belegt. Das Schöffengericht bestätigte ganz unbegreiflicherweise die Strafmandate mit der Begründung, daß sie im Interesse der Ordnung nötig seien. Eine Prüfung des Blättchens auf seine Eigenschaft als Lernmittel lehnte das Schöffengericht ab, doch wurde die so dringend notwendige Untersuchung infolge der vom Rechtsanwalt Heine-Berlin eingelegten Berufung vom Landgericht Halle so gründlich nachgeholt, daß sämtliche Angeklagte glatt freigesprochen wurden. Die Strafkammer stellte fest, daß das in Frage stehende Blatt auch Aufsätze politischen Inhalts enthalte und schon deshalb — ganz abgesehen davon, daß der Lehrer den Inhalt eines Lernmittels vorher kennen müsse — nicht als Lernmittel gelten könne.

Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob das Kammergericht das freigesprochene Urteil der Strafkammer auf und verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Die Prüfung, ob etwas, das als Lernmittel eingeführt sei, auch ein solches darstelle, sei keine Tatfrage, sondern eine Rechtsfrage. Es sei nicht unbedingt nötig, daß der Lehrer vorher den Inhalt des Lernmittels kenne. Damit war für die Strafkammer, die in der ersten Verhandlung durchaus richtige Ansichten vertrat, die Stellungnahme gegeben. Sie gehorchte dem Winke des Kammergerichts und lehnte alle Beweisanträge der Verteidigung, die darauf hinzielten, den pädagogischen Unwert der Zeitschrift zu beweisen, ab und verzichtete auch auf die nochmalige Vernehmung des Leipziger Universitätsprofessors Dr. Barth als Zeugen und Sachverständigen darüber, daß ihm keine Zeitschrift bekannt sei, die in solch gehässiger, einseitig politischer Weise gegen begen zum Ausland nicht nur erhalten, sondern bedeutend fester geworden sind, um diesen Bestrebungen eine Form zu geben,

stimmte Volkskreise vorgehe. Das Urteil des Schöffengerichts wurde bestätigt mit der Maßgabe, daß die Strafe von je 3 Mk. auf den Mindestsatz von je einer Mark herabgesetzt wurde, weil es sich um eine grundsätzliche Entscheidung handele. Dieselbe Strafkammer, die in der ersten Verhandlung unzweideutig erklärte, daß die Zeitschrift kein Lernmittel sei und Bestrafung demnach nicht eintreten könne, lehnte es jetzt gleichfalls ab, nachzuprüfen, ob es sich um ein Lernmittel handle. Für die Pflicht zur Beschaffung derselben genüge, daß ihre Einführung vom Lehrkörper angeordnet sei.

Das Urteil kennzeichnet mit gewünschter Klarheit unsere herrlichen preußisch-deutschen Rechtszustände. In demselben Augenblick, wo allenthalben völlig unpolitische, lediglich Bildungszwecken dienende Jugendversammlungen mit brutaler Polizeigewalt als „politisch" auseinandergesprengt werden, erklärt ein preußisches Gericht eine pädagogisch völlig wertlose, ausgesprochen politische Hetzschrift als Lernmittel in den Fortbildungsschulen, womit die jetzt schon in Blüte stehende mordspatriotische Verhetzung in ein System gebracht wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Mai.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet um 12,20 Uhr die Sitzung. Am Bundesratstisch sind zunächst Kommissäre erschienen.

Zuerst werden Petitionen, die die Kommission als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärte, dementsprechend erledigt.

Es folgt die Beratung der **Anleihedenkschrift für die Kolonien.** Die Denkschrift und eine Reihe von Rechnungssachen werden ohne oder ohne erhebliche Debatte erledigt. — Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die **Aenderung der Paragraphen 66, 70 usw. des Militärstrafgesetzbuchs.**

Kriegsminister **v. Falkenhayn:** Der Entwurf, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist, ist technisch nicht einwandfrei. Das gegenwärtige Militärstrafgesetzbuch bestraft unerlaubte Entfernung von der Truppe mit Gefängnis. Diese Strafe glaubte die Heeresverwaltung in gewissen Fällen mildern zu sollen auf 14 Tage mittleren oder strengen Arrest. Die Kommission hat aber den strengen Arrest gestrichen. Die Kommissionsbeschlüsse führen zu manchen Inkonsequenzen. Ausdrückliche Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft soll mit einer Woche Mittelarrest bestraft werden, während einfache Gehorsamsverweigerung mit 14 Tagen strengen Arrestes als Mindeststrafe gesühnt werden müßte. Schon aus rein formalen Gründen sind die Kommissionsbeschlüsse unannehmbar. Aber auch aus erheblichen sachlichen Gründen müssen wir uns dagegen wenden. Ein strengeres Strafmittel als Mittelarrest müssen wir unbedingt haben. Eine gewisse Sorte, glücklicherweise eine verschwindende Minderheit, muß fest angefaßt werden. In anderen Heeren werden solche Elemente zu Tausenden in die Strafbataillone oder in die Kolonien gesteckt. In einem Mädchenpensionat kann mit der Entziehung des Spiegels, dem Verbot des Spazierengehens und der schließlichen Entlassung gestraft werden. In der Armee hat man es nicht mit weichen Frauengemütern, sondern mit robusten, bockbeinigen Jungen zu tun, die oft verhetzt sind. Der Arrest hat bisher in allen seinen Formen gute Dienste getan. Gesundheitsschädlich ist der strenge Arrest nicht. Die Bestimmung, daß die Mannschaften des Beurlaubtenstandes anläßlich der Kontrollversammlung den ganzen Tag unter dem Militärgesetz stehen, ist auch heute noch nötig. Die Anträge der Sozialdemokraten stellen so einschneidende Veränderungen dar und widersprechen dem ganzen Geist des Militärstrafgesetzes, daß sie nicht ernst zu nehmen sind. Ich bitte, alle diese Anträge abzulehnen und die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Auch die Kommissionsbeschlüsse sind für uns unannehmbar. Die Verantwortung für die etwaige Verzögerung des Zustandekommens des Gesetzes wird niemals der Heeresverwaltung zur Last gelegt werden können. (Bravo! rechts.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Also nicht einmal die bescheidenen Beschlüsse der Kommission finden Gnade vor den Augen der Heeresverwaltung. Die Schönheitsfehler unseres Antrages könnten ja beseitigt werden. Der Kriegsminister kennt die körperlichen Anstrengungen des Arrestes nicht. (Heiterkeit.) Wir aber kennen die Dinge. Auf Grund des § 6 des Militärstrafgesetzbuches unterliegen die Beurlaubten nur für die Dauer der Kontrollversammlung den Vorschriften des Gesetzes. Erst seit 1885 ist die Auffassung anders geworden. Die entsprechende Entscheidung des Reichsgerichts widerspricht dem Gesetz und wer an einem solchen Tage die Möglichkeit hat, sich einige Jahre Gefängnis oder Zuchthaus zu holen, wird in diesem Tag keinen Festtag erblicken. Wenn der Minister Gesinnungslumpen erziehen will, dann mag er für den strengen Arrest und ähnliche Strafen eintreten. Aus § 2 des Gesetzes geht hervor, daß der Soldat auch ein Notwehrrecht hat. In der Praxis gibt es das nicht. Auch der Vorgesetzte, der einen Untergebenen beleidigt oder verletzt, vergeht sich gegen das Gesetz, und dagegen muß es eine Notwehr geben. Will der Reichstag unsere Anträge nicht annehmen, so mag er mindestens Disziplin halten und an den Beschlüssen der Kommission festhalten, zum mindesten bis zur dritten Lesung. Es gibt nichts Heterisches, als wenn der Reichstag gegen seine bessere Ueberzeugung Tausende von Reservisten und Landwehrleute der Militärgesetzgebung ausliefert und wer ihn dazu veranlaßt, der ist der Urhetzer.

Kriegsminister **v. Falkenhayn:** Ist ein Mann für den strengen Arrest nicht kräftig genug, so mildern wir die Strafe oder ordnen die Verschiebung an. Die Arrestzellen werden täglich genügend gelüftet.

Abg. **van Calker** (Nat.): Wir haben anerkannt, daß das Militärstrafgesetzbuch reformbedürftig ist. Es muß aber die Reform des bürgerlichen Rechts abgewartet werden. Wir beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, um nicht die ganze Reform zu gefährden.

Kriegsminister **v. Falkenhayn:** Wir haben getan, was möglich ist, ohne unser Strafgesetzbuch in Unordnung zu bringen. Subalternoffiziere können strengen Arrest nicht verhängen. Der Abg. Müller-Meiningen hat die Lage vollkommen verschoben. Die Regierung ist freiwillig, ohne jeden Zwang, an den Reichstag herangetreten. Die möglichen Erleichterungen wollen wir heute schon durchführen. Im übrigen will der Abg. Dr. Müller den strengen Arrest nicht unter allen Umständen beseitigen. Damit unterstreicht er, was ich gesagt habe. Wäre es eine so furchtbare Strafe, so hätte er die Konsequenzen ziehen müssen. (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. **v. Böhm** (Kons.): Die bisherige Regelung der Kontrollversammlungen muß unbedingt aufrecht erhalten bleiben. Es ist dies wichtig in Industriegegenden und in solchen Gegenden, wo es viele Sozialdemokraten gibt. (Zuruf: Da sind wir viel zu vernünftig!) Bisher habe ich diesen Eindruck von Ihnen nicht bekommen. (Große Unruhe.) Das Sturmlaufen der Sozialdemokratie gegen den strengen Arrest ist erklärlich. Sie benützen das als Agitationsmittel. Wir begrüßen das Unannehmbar der Regierung.

Abg. **Mertin** (Rpt.): Im Interesse der Disziplin müssen der strenge Arrest und die bisherigen Kontrollversammlungsbestimmungen beibehalten werden. Unsere Armee muß innerlich gesund erhalten werden, damit sie, wenn dem Vaterland Gefahr droht, den nötigen Schutz bieten kann. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Stücklen** (Soz.):

Die Nationalliberalen haben vielleicht ihren Umfall bereits angekündigt. Das hat uns nicht gewundert. Um die Disziplin aufrecht zu erhalten, braucht man nicht eine so strenge Strafe wie den strengen Arrest. Ganz entschieden bestreiten wir, daß wir die Soldaten verhetzen. Wir sagen den Leuten: Treibt keine Politik und folgt, aber wir sagen ihnen auch: Laßt euch keine Ungerechtigkeit gefallen! (Sehr richtig!) Das nennt der Kriegsminister Verhetzung. Einen Beweis dafür hat er nicht erbracht. Von der Eigenschaft eines modernen Menschen haben wir noch nichts gemerkt, wir haben nur erlebt, daß er gegen sozialdemokratische Redakteure und Zeitungen Strafanträge gestellt hat. Was muß das Ausland davon denken, wenn es hört, unsere Disziplin beruhe nur auf strengen Arrest. Denselben Widerstand gegen den strengen Arrest hat man auch erlebt bei der Abschaffung der Prügelstrafe. Der Kriegsminister hat nun zugesagt, daß er den Kreis der Vorgesetzten etwas verringern wollte. Das genügt nicht. Er muß überhaupt

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.): Die Debatte zeigt, wie unfruchtbar parlamentarische Flickarbeit ist. Es ist Sache kühler Abwägung, ob wir nicht doch die Regierungsvorlage annehmen sollen, um den jungen Leuten wenigstens die kleinen Vorteile zu verschaffen. Beim strengen Arrest sollten Milderungen eingeführt werde.

Abg. **Waldstein** (Fortsch.): Bei dieser Frage scheiden sich die Geister in militärfreundliche und deren Gegner.

Kriegsminister **v. Falkenhayn:** Bei meinem Widerstand handle ich im Einverständnis mit den verbündeten Regierungen. Mit unseren Milderungen können wir nicht weitergehen, solange nicht die allgemeine Neubearbeitung des Militärstrafgesetzbuchs durchgeführt ist. Nach weiterer längerer Debatte wird schließlich gegen die Stimmen der Rechten und der Mehrzahl der Nationalliberalen die Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur abermaligen Besprechung zu geben.

Darauf wird der Gesetzentwurf über die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige unter Ablehnung fortschrittlicher und sozialdemokratischer Anträge nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Eine sozialdemokratische Resolution auf Einrichtung von Erfrischungsräumen in den Gerichtsgebäuden wird abgelehnt. Ueber die Kommissionsresolution, bei Neubauten dieser Anregung zu entsprechen und Sachverständigen und Zeugen während der Verhandlung Sitzgelegenheit zu verschaffen, wird in der dritten Lesung abgestimmt.

Darauf wird der Gesetzentwurf über die Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern (Subventionsvorlage) nach kurzer Erörterung in zweiter und sofort auch in dritter Beratung endgültig angenommen. Angenommen wird dabei auch eine Resolution, daß den in Neu-Guinea und Samoa tätigen Missionaren erstmalige freie Ausreise und nach je fünf Jahren freie Rück- und Ausfahrt gewährt werden soll.

Hierauf wird nach kurzer Debatte der Gesetzentwurf über Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete in zweiter und sofort auch in dritter Beratung angenommen. Eine Resolution auf baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der Bürgschaften des Reichs über den Kreis der Reichs- und Militärbediensteten hinaus verlangt, wird abgelehnt.

Die Beratung der Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die dritte Beratung der Besoldungsnovelle. Hierzu liegt der Antrag der Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor. Das Zentrum will, daß, wenn der vorgelegte Gesetzentwuf bis zum 1. Januar 1916 nicht die Zustimmung von Bundesrat und Reichstag gefunden hat, die gehobenen Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung vom 1. Januar 1916 eine pensionsfähige Zulage von mindestens 100 Mk. erhalten.

Staatssekretär **Kühn:** Bei Ablehnung der jetzigen Vorlage werden die darin bedachten Beamten die Geschädigten sein. Mit dem Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage und mit dem Hinzufügen, daß im März 1915 ein Gesetzentwurf vorzulegen ist, durch den mit Wirkung vom 1. Januar 1916 an die Bezüge der Beamten einzelner Klassen um mindestens 100 Mark aufgebessert werden, können wir uns einverstanden erklären. Die Regierung ist damit bis an die äußerste Grenze gegangen. Wir müssen alle anderen Anträge ablehnen.

Abg. **Ebert** (Soz.): Der Kompromißantrag bedeutet einen Umfall des Reichstags. Wir halten an den Beschlüssen der zweiten Lesung fest.

Abg. **Spahn** (Zentr.) bittet, den Zentrumsantrag anzunehmen. Wir wollen dann abwarten, ob der Bundesrat den Mut hat, diesen Beschluß abzulehnen. Die Regierung trägt die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage.

Staatssekretär **Kühn:** Die Aufbesserung der gehobenen Unterbeamten kann zurzeit nicht erfolgen, weil gleichzeitig andere Gruppen aufgebessert werden müssen. Der Zentrumsantrag will aber die ersteren allein aufbessern. Er ist für uns unannehmbar.

Abg. **Schiffer**-Magdeburg (Natl.): Wir müssen retten, was für die Beamten zu retten ist.

Abg. Dr. **Ricklin** (Elsässer): Im Interesse der Beamten der Reichseisenbahnen werden wir dem Kompromißantrag zustimmen.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Bunter Abend."

Zum Vorteil der Pensionsanstalt des Hoftheaters.

Hätte man es nicht selbst gesehen, man würde es kaum für möglich halten, daß das Theater am Samstagabend „ausverkauft" war. Es war doch wieder eine Veranstaltung zum „Vorteil der Pensionskasse" und wer seit Jahren das Theater besucht, wird wissen, daß diese Abende vom Publikum mit einer bewunderungswürdigen Regelmäßigkeit ignoriert wurden. Wie gleichgültig verharrte doch bisher das Publikum auf seinem angeborenen Trägheitsgesetz und stand teilnahmslos dem ungemein wichtigen sozialen Werk der Künstleraltersversorgung gegenüber. Und mit einem Schlag nun hat sich dies alles verändert? Die außerordentliche Fülle des Hauses, die herzliche Aufnahme der Darbietungen lassen wenigstens hierauf schließen; hoffen wir nur noch, daß dieses lebhafte Interesse bleibend sein möge. Allerdings, was für den guten Besuch empfehlend sprechen mußte, war die wirklich glückliche Grundidee des Werkes — ein „Bunter Abend"! Zigeunerbarone und Fledermäuse waren es ja bisher sattsam genügend; die neue Idee mußte deshalb schon um ihrer reizvollen Eigenart willen ziehen.

Der Vater des Gedankens, der „Macher vons Janze", — Felix Baumbach. — begrüßte die zahlreich Erschienenen und drückte namens seiner Künstlerkollegen die Freude aus, daß man nun endlich die Pensionsveranstaltungen nicht mehr für choleraverdächtig hielt und nicht, wie bisher, mit „Quarantäne" zu verhängen die Absicht habe. Dann führte der redegewandte Oberspielleiter in die vorgedachte Idee des Abends ein und führte u. a. aus, daß infolge der anstrengenden Wagnerwoche die Proben zum bunten Abend nicht ihrer Vollendung entgegengeführt werden konnten. Um das Publikum nicht wieder unbefriedigt heimschicken zu müssen, schlug Felix Baumbach vor, jetzt gleich eine öffentliche „Generalprobe" abzuhalten. Nachdem die „Tell-Ouvertüre", von Alfred Lorentz hinreißend dirigiert, verklungen war, teilte sich der Vorhang. Oberleiter Baumbach versammelte seinen technischen Hilfsstab um sich, man „knobelte" die geeignete Dekoration aus, erwog die Farbenstimmungen hin und her und schließlich sah das Publikum wie die Szenenbilder, die Welt des Scheins, vor seinen Augen stückweise entstand. Wer noch nie Zeuge sein konnte, wenn hinter geschlossenem Vorhang die Bühne „gestellt" wurde, der hatte nur zuzuschauen und sich zu wundern. Es war amüsant und zugleich lehrreich. Der behäbige Bühnenmeister Fix (W. Wassermann) mit dem Dekorationsplan, der Beleuchtungsinspektor Klex (E. Rex) mit seinem Beleuchtungszettel, sogar der Bühnenfeldwebel Hauch (E. Gläßer) in Uniform und mit seinem berüchtigten „Bläustift", sie ale wurden, je nach ihren persönlichen Eigenheiten, in Maske und Gebahren trefflich nachgeahmt. Aber die unstreitig gelungenste Type schuf Eugen Rex mit seinem Beleuchtungsinspektor. Wer schon einmal Gelegenheit hatte, diesen bekannten Lichtfarbenzauberer im Dienst zu beobachten, wenn er an seinen Regulatur angelehnt stand, um mit sichtlichem Interesse den Vorgängen auf der Bühne zu folgen, der mußte hellauf hinausbrüllen, denn das war er, wie er „leibt und lebt". Aber auch der Inspizient mit seinem ausgeschriebenen Szenarium, der Hausdiener, der Garderobier, der Logenschließer und zuguterletzt auch noch der Hilfsarbeiter Nierle (Fritz Herz) sah man bei ihren Obliegenheiten auf der Bühne tätig. Besonders Fritz Herz entfesselte mit seinem trockenen Humor, mit seiner gesunden Komik stürmische Lachsalven. Besonders wenn er vertrauensvoll dem „Herrn Re'schör" (Regisseur) seine Erlebnisse als Hamlet aus der Schmierenanfängerzeit mitteilt. Wie dann die Bühne endlich „aufgebaut" war, der Regisseur seine Kommandos „Bühne frei" und „einläuten" gegeben hatte, nahm der Reigen der künstlerischen Darbietungen seinen Anfang. Das Künstlerpaar, Herr und Frau Kammersänger Staudigl erfreuten durch Liedervorträge mit Orchesterbegleitung. Die hierauf folgenden „Moderne Tänze" lösten allgemeines Interesse aus. Man bekam Furlana, One step, Maxixe, Boston und den vielgeschmähten Tango in wirklich dezenter Wiedergabe zu sehen. Richard Allegri führte diese verschiedenen Tänze abwechselnd mit den Damen: Erna Dietrich, Else Noorman und Hedwig Holm in hochkünstlerischer Weise aus. Die bewährten Mitglieder des Hoforchesters: Kämpfe, Spranger, Somann und Suttner vereinigten sich zu einem „Humoristischen Blasquartett", dessen lose zusammengereihte Melodien (Oper und Gassenhauer tutti quanti) herzlich belacht wurden. Besonderes erweckte ein Glacehandschuh, der regelmäßig luftgebläht aus dem Fagott oben herauskam, die größte Heiterkeit. Das Chorpersonal sang unter seines Direktors Georg Hofmann Leitung den Koschatschen Chorwalzer „Am Wörther See" in Kostüm bei zwangloser Gruppierung mit Orchesterbegleitung. Herr Bäckermeister Stupferle (Hugo Höcker) nebst Frau (Marie Genter) und Tochter (Else Noorman) verursachten ein heiteres „Intermezzo". Sie weigerten, sich für die „Walküre" zwei Billets nachzuzahlen und während beim Intendanten die Angelegenheit entschieden werden sollte, erzählten sie sich gegenseitig ihre Eindrücke von der Walküre-Aufführung. Wiedergeben kann man hier diese famosen Witze nicht; aber zu wünschen wäre es, wenn auch von den anderen „Ring"-Abenden solche gewiß hochinteressanten „Erläuterungen" verfaßt und bei ähnlichen Veranstaltungen zum Besten gegeben würden. Zu einer gehaltvollen Musik von Fritz Müller und Margarete Schellenberg vorgeführt. Die einzelnen Bildergruppen waren von glücklicher Wirkung, besonders die in rosa Töne getauchte Blumenwagengruppe und das letzte Bild. Die Besucher des 3. und 4. Rangs beschwerten sich übrigens, die Bilder hätten sich zu tief hinten abgespielt und wären somit überhaupt nicht zu sehen gewesen. Brennerts Tragikomödie „Die Hasenpfote" bildete dann den Schluß des ersten Teils. Josef Mark, Paul Gemmecke und Otto Hertel brachten das kleine, gefällige Stück sehr vorteilhaft zur Geltung. — Den zweiten Teil füllte die Aufführung von Suppés einaktiger Operette „Die schöne Galathea" aus. Die Wiedergabe war eine durchaus befriedigende, was übrigens um so sicherer zu erwarten war, da man hierbei nur die besten Kräfte unseres Ensembles beschäftigt hatte. Von klarer Feinheit und Präzision waren die Koloraturen Mary Rudys als „Galathea", geborene von Marmelstein. Stimmlich auf voller Höhe war auch H. Siewert als „Pygmalion" und aus dem „Mydas" machte Hans Bussard eine Glanzleistung. Ebenfalls weitgehendstes Lob verdient auch Ther. Müller-Reichel als „Ganymed", denn sie war wirklich ein ganz klassischer „oller Grieche".

Das Publikum nahm mit großem Wohlbehagen die einzelnen Darbietungen, wie auch das Gesamtarrangement dankbar auf. Wenn aber einer Person ein besonderes Anerkennungslob gebührt, so ist das zweifelsohne Felix Baumbach, der sich wieder als glänzender Arrangeur solcher Feste in bestem Lichte zeigen konnte!

W. Sch.

Kleines Feuilleton.

Die feierliche Eröffnung der Ausstellung für Gesundheits-Pflege Stuttgart 1914

fand am Donnerstag vormittag 11 Uhr im Festsaal des neuen Stadtgartengebäudes statt. Oberbürgermeister Lautenschlager hielt die Weiherede. Er führte dabei aus, daß, angeregt durch einen Besuch der Dresdener Internationalen Hygiene-Ausstellung, der frühere Gemeinderat Fischer im Sommer 1911 den Vorschlag machte, wegen der Ueberführung der volkstümlichen Abteilung „Der Mensch" nach Stuttgart mit der Ausstellungsleitung in Dresden Verhandlungen zu pflegen. Der Plan erwies sich als nicht durchführbar. Der Gedanke aber, der ihm zugrunde lag, eine Belehrung in gesundheitlichen Dingen, wie sie in Dresden vorbildlich erfolgte, auch der Stuttgarter Einwohnerschaft und darüber hinaus der Bevölkerung des ganzen Landes zu ermöglichen, wurde bei späteren Besuchen in Dresden weiter verfolgt. An der Durchführung und dem Erfolg der Dresdener Veranstaltung hatte ein Stuttgarter Bürgerssohn, Dr. med. Ingelfinger, wesentlichen Anteil. Bald war man einig, ihn mit der Vorbereitung und Bearbeitung einer Ausstellung für Gesundheitspflege zu betrauen. Was sich heute dem Auge der Besucher eröffnet, wurde unter seiner Leitung von dem Städtischen Ausstellungsamt und unter dankenswerter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter, Fachmänner, Behörden, Institute und Aussteller in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen. Anschaulich und verständlich, aufgebaut auf den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung wird eine übersichtliche Darstellung der Gesundheitspflege geboten; der Bevölkerung soll die Kenntnis vom eigenen Leib, von der Gesunderhaltung und von der Vervollkommnung des Lebens vermittelt und der Sinn für die Segnungen der von Staat und Gemeinde getroffenen hygienischen Maßnahmen geweckt werden.

An die Eröffnungsfeierlichkeit schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung an, bei dem Oberbürgermeister Lautenschlager und der Leiter der Ausstellung, Dr. med. J. Ingelfinger, die Führung übernahm.

Der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird abgelehnt und die übrigen Anträge hierauf zurückgezogen. Der Gesetzentwurf wird sodann nach den Beschlüssen der zweiten Lesung einstimmig angenommen.

Einem gegen ½9 Uhr eingebrachten Vertagungsantrag wird zunächst widersprochen, dann aber bei einer längeren Geschäftsordnungsdebatte zugestimmt.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr: Gesetzentwürfe, dritte Lesung des Etats, Wahlprüfungen.

Aus der Partei.

* **Hagsfeld**, 18. Mai. Sozialdem. Verein. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am kommenden Mittwoch, 20. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, in der „Kanne" Mitgliederversammlung stattfindet. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen.

Kommunalpolitik.

* **Amtsniederlegung des Bürgermeisters Weißhaupt in Meßkirch.** Wie der Oberbadische Grenzbote erfährt, hat Bürgermeister Weißhaupt von Meßkirch dem Gemeinderat mitgeteilt, daß er sein Amt als Bürgermeister niederlege.

15. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

kr. Berlin, 14. Mai 1914,

Vierter Verhandlungstag.

Zunächst wurde bestimmt, daß von jeder Branche des Verbandes vorerst zwei Delegierte zum Punkt Lohnbewegungen und Tarifverträge reden sollten. Die Wortmeldungen liefen zahlreich ein und wurde teils Kritik an verflossenen Bewegungen geübt, teils Richtlinien für die Zukunft vorgeschlagen. Es kam zum Ausdruck, daß die Taktik des Zentralvorstandes nicht immer zu unterstützen ist; man wünscht, daß den Ortsverwaltungen etwas mehr Ellenbogenfreiheit gegeben wird. Man betont weiter, daß, wenn die Genehmigung zum Kampf einmal gegeben ist, dann nicht gebremst, sondern der Kampf auch zu Ende geführt wird.

Röder-Arnstadt wandte sich der letzten Handschuhmacherbewegung zu, die für Halberstadt, Arnstadt, Osterwick durchaus nicht genügend gebracht habe. Süddeutschland habe höhere Löhne wie Norddeutschland, deshalb müsse der Vorstand dies berücksichtigen und nicht alles vom Standpunkt des Kaufmanns aus betrachten. Ihm scheine, der Vorstand rechne zu viel. — Im weiteren wurde das Uebel der Ueberzeitarbeit vom Redner scharf kritisiert und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch die Aufnahme von Lohnstatistiken dem Uebel gesteuert wird. Ein vierwöchentlicher Versuch mit Einstellung der Ueberzeitarbeit habe in Arnstadt ergeben, daß der Lohn höher war als mit der Ueberzeitarbeit.

Schulze-Neumünster schilderte, wie dort in einer Fabrik der Versuch gemacht worden ist, statt der Akkordarbeit das Partiesystem einzuführen, das noch schlechter wie das Akkordsystem ist. Der Versuch fiel aber nicht zur Zufriedenheit aus und ließ der Arbeitgeber es selber wieder fallen. Im weiteren betonte Redner, daß die Chromgerber Norddeutschlands meistens Gegner der Tarifverträge sind, weil sie glauben, daß ihnen durch diese Festlegungen günstige Geschäftskonjunkturen zur Aufbesserung ihrer Löhne verloren gehen.

Frau Friedrich-Johanngeorgenstadt lenkte das Augenmerk auf die Lage der Handschuhnäherinnen, die meistens in der Heimarbeit unter schlechten Arbeitsbedingungen tätig sind. Zur Hauptsache wurden die Punkte: Abschaffung der Hausarbeit, der Ueberzeitarbeit und der Akkordarbeit, sowie die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit besprochen.

Schnelle-Brandenburg plädierte für kommunal-paritätische Arbeitsnachweise, die nach seiner Ueberzeugung besser sind wie einseitige Unternehmernachweise. Redner fordert die Ausarbeitung eines Musterformulars zur Errichtung von Arbeitsnachweisen.

Im Schlußwort wurde von Mahler betont, daß wohl die Notwendigkeit der Branchenkonferenzen durch die Debatte genügend erwiesen sei, da viele der besprochenen Fragen weit besser im engen Kreise der Branchenangehörigen zur Erörterung gebracht würden. Des weiteren verweist Redner auf die Broschüre, die von Dr. Freund, Vorsitzender des Verbandes „deutscher Arbeitsnachweise" herausgegeben ist, und die der gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweise mit Errichtung von Arbeitsämtern das Wort redet. Diese Arbeitsämter sollen das Recht haben, Arbeitsnachweise zu schließen und gilt es daher für die Arbeitnehmer, auf der Hut zu sein, damit diese Arbeitsämter sich nicht an den Nachweisen der Arbeiter versuchen. Der Schaffung eines Musterformulars für Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen stehe nichts im Wege.

Felisch-Zwickau erstattete namens der Beschwerdekommission dann Bericht über die Differenzen, die mit der Zahlstelle Hamburg-Altona und dem Hauptvorstand wegen Führung einer nicht bewilligten Lohnbewegung entstanden waren. Die Kommission hat nach reiflicher Prüfung festgesetzt, daß in Hamburg der § 4 des Statuts, Absatz 2, letzter Satz, der besagt: „In ganz besonderen Fällen kann der Zentralvorstand einem durch die Verhältnisse bedingten Streik seine Genehmigung nachträglich erteilen", nicht in Betracht kommen kann, auch ist der Vorstand laufend über die Hamburger Verhältnisse ungenügend informiert worden. Die Kommission hat daher ausgesprochen, daß die Zahlstelle Hamburg-Altona statutenwidrig gehandelt hat. Trotzdem schlägt die Kommission vor, um der Sache ein Ende zu machen, der Zahlstelle Hamburg-Altona nachträglich Amnestie zu erteilen und die entstandenen Kosten zu bewilligen.

Mahler wandte sich entschieden gegen die Amnestieerklärung, indem er weitgehende Ausführungen über den Fall machte. Er persönlich sei auch gegen die Bewilligung der Gelder, da dadurch andere Zahlstellen, die schon mal ähnlich gehandelt haben, benachteiligt würden. Auch würde ein böses Beispiel der Disziplinlosigkeit gegeben.

Der Kassierer Bock sprach sich ebenfalls scharf gegen die Gewährung der von Hamburg zu Unrecht verbrauchten Gelder aus.

Der Antrag der Kommission, diesen Hamburger Streik als zu Unrecht geführt zu erklären, fand gegen 6 Stimmen Annahme. Der weitere, von der Kommission gestellte Amnestie-Antrag, der gleichzeitig die Gewährung der zu Unrecht verbrauchten Gelder vorsieht, wurde mit 35 gegen 3 Stimmen angenommen.

Unstimmigkeiten haben sich auch in Halberstadt ergeben, weil dort bei der Bewegung die Zurichter und Färber getrennt vorgegangen sind. Die Kommission trägt der Beschwerde Rechnung und glaubt, daß der Vorstand eine falsche Taktik eingeschlagen hat. Die Generalversammlung schließt sich dieser Meinung an.

Nach längeren Erörterungen über die vergangenen Lohnbewegungen, sowie über den Ablauf verschiedener Tarifverträge wurde die Sitzung, nachdem noch beschlossen wurde, die Lehrlingsfrage von der Tagesordnung abzusetzen, auf Freitag früh vertagt.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

* **Schwerer Unglücksfall.** Auf der Ubstadter Straße, kurz vor der Stadt, ereignete sich Sonntag abend ein schwerer Unglücksfall, dem ein junger Mann von Weiher zum Opfer fiel. Derselbe kam mit seinem Freunde per Rad von Neuthard, hatte aber kein Licht an seinem Rad und fuhr neben seinem Kameraden, dessen Rad mit einer Laterne versehen war. Auf der Ubstadterstraße kam den Beiden ein Radfahrer entgegen, welcher ebenfalls auf unbeleuchtetem Rad fuhr, und überrannte den Radfahrer aus Weiher, der durch den Sturz einen schweren Schädelbruch mit Gehirnverletzung erlitt, an deren Folgen er im Krankenhaus verstarb.

Ettlingen.

— **Voranschlagsberatung** (Schluß). Von Seiten des B.A.M. Klein (Natl.) werden unsere Volksschulwünsche unterstützt und festgestellt, daß seit 1910 kein weiterer Schulsaal mehr hinzukam. die Schülerzahl aber um 150 gestiegen ist; einzelne Klassen zählen bis zu 96 Schüler, sodaß einzelne Fächer, wie Zeichnen und Industrieunterricht gestrichen werden mußten. — B.A.M. Durlacher hält die Bezahlung des Schularztes für zu gering, wohingegen der Bürgermeister darauf hinweist, daß die Vergütungssätze im Benehmen mit dem Verband mittlerer Städte festgesetzt worden sind. Des weiteren wünschten wir bessere Einrichtung der Nahrungsmittelkontrolle und Veröffentlichung des Resultats der Untersuchungen, die Schaffung einer sozialen Kommission und, wiederholt, die Einsetzung einer Wohnungskommission. Zur Besserung der Wohnungsverhältnisse wäre es zweckmäßig, wenn die Stadtverwaltung dem Bau- und Sparverein größeres Entgegenkommen zeigen würde. Nach den Mitteilungen des Bürgermeisters soll nächstes Jahr die Wohnungskommission gebildet werden. Auf einen unsererseits geäußerten Wunsch, die Städt möge durch Aushang von Werbeplakaten den Fremdenverkehr in hiesiger Stadt fördern, meinte der Bürgermeister, man solle die Wünsche im Fremdenverkehrsverein vorbringen. Da nun aber im Voranschlag eine Position „Beitrag an den Verkehrsverein" enthalten ist, haben wir uns erlaubt, über die Sache im Bürgerausschuß zu sprechen und werden das nötigenfalls auch in Zukunft so handhaben, da dem Bürgermeister kein Recht zusteht, die Aussprache über einen Punkt, welcher im Voranschlag aufgeführt ist, zu verhindern. Daß es hierbei zu einem Zusammenstoß mit dem Bürgermeister kam, ist nur dem merkwürdigen Verhalten desselben zuzuschreiben. Eine Erhöhung der Zuschüsse für die Blinden- und Krüppelheime wurde auf unsere Anregung hin zugesagt.

Die Spitalverhältnisse gaben Anlaß zu längerer Diskussion. Das städtische Spital, unzureichend an sich, wird auch noch als Pfründnerhaus benützt, sodaß die Spitalverwaltung des öfteren selbst bezüglich der Unterbringung in Kalamitäten geriet. Will man annehmbare, den hygienischen Anforderungen entsprechende Zustände schaffen, dann kommt man um einen Neubau nicht herum. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde unserer Kritik gegenüber immer wieder auf die Nähe Karlsruhes hingewiesen, man scheint also die Absicht nicht zu haben, grundlegende Besserung eintreten lassen zu wollen. Die Not des kranken Volkes rührt die Herren Stadträte weniger als der Expansionstrieb der Unteroffizierschule, wofür sofort Millionen bereit waren. Auch im Bürgerausschuß selbst war das Verständnis für diese Frage äußerst mangelhaft. Der Spießbürgergeist hat wieder einmal triumphiert. Bezeichnend für die hiesigen Verhältnisse ist der Ausspruch des B.A.M Durlacher als Arzt: „Der Geist der modernen Chirurgie hat vor dem Ettlinger Spital Halt gemacht." Er betonte, daß er damit nicht den amtierenden Spezialarzt gemeint habe, sondern die Möglichkeit und Einrichtung. Es wird aller Voraussicht nach noch lange Kämpfe kosten, bis sich hier die bessere Einsicht Bahn brechen wird.

Bei der Position „Gewerbeschule" mußte Klage geführt werden über teilweisen unpraktischen Fachunterricht und über recht viele Schulversäumnisse. Letzteres ist wohl ein Beweis dafür, daß vielen Handwerksmeistern die Ausbeutung über die Ausbildung geht. Das mag eine Warnung sein für die Eltern, mit der Auswahl der Lehrstelle vorsichtig zu sein.

Zu den vorerwähnten Punkten sprachen unsererseits die Genossen Stöhrer, Hausch, Kappler, Ehrle, Frank, Traut, Glunk, Leppert und Schreiber.

Damit fand nach fünfstündiger Beratung der Voranschlag seine Erledigung. Auffallend war, daß die bürgerlichen Fraktionen sich, mit wenigen Ausnahmen, an den Debatten fast gar nicht beteiligten. Wenn sich dieselben mit gleichem Interesse der Sache gewidmet hätten, wie wir das für unsere Pflicht hielten, hätte etwas Besseres dabei herauskommen dürfen.

— **Wochenmarktbericht.** Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden folgende Preise erzielt: Landbutter pro Pfd. 1,20 bis 1,25 Mk., Tafelbutter pro Pfd. 1,40—1,50 Mk., Landeier pro Stück 8 Pfg., Kisteneier pro Stück 7—8 Pfg. 2 Stück 15 Pfg., Milch pro Liter 22 Pfg., Rahm pro Liter 96 Pfg., Käse pro Stück 13—14 Pfg., Kartoffeln pro Mäßle 12 Pfg., Franz. Kopfsalat pro Kopf 8—10 Pfg., Schwarzwurzel pro Pfund 35 Pfg., Spargeln pro Pfd. 70—80 Pfg., Gurken pro Stück 36 Pfg., Orangen pro Stück 7, 8 und 10 Pfg., Zitronen pro Stück 6, 7 und 8 Pfg. Marktverkehr lebhaft.

Offenburg.

* **Maiausflug.** Am Donnerstag (Christi Himmelfahrt) macht der Arbeitergesangverein „Freiheit" wie seit Jahren seinen Maiausflug. Die Tour ist wie folgt festgelegt: Morgens 7,04 Uhr Abfahrt nach Gengenbach. Von Gengenbach geht es gemeinsam mit dem Bruderverein zu Fuß durch das idyllische und wasserreiche, mit Fischzuchtanstalten durchsetzte Haigeracher Tal nach der Kornebene. Von dort über den linken Bergrücken des Nordrachtals über Mühlstein nach Zell a. H. Die Tour beansprucht drei Stunden, die in der reichlich bemessenen Zeit keine großen Anstrengungen an die Teilnehmer stellen wird. In Zell a. H. findet von 8 Uhr ab mit dem dortigen gemischten Chor und den Genossen im Tale Unterhaltung mit Gesang und Musik statt. Der Ausflug und die Unterhaltung mit den Gengenbachern, Zeller und Unterharmersbacher Genossen wird den Teilnehmern einige frohe Stunden bringen. Jeder Gesinnungsgenosse sollte sich diesem Ausflug anschließen, wo er dann in vollen Zügen die würzige Tannenluft unseres lieblichen Schwarzwaldes genießen kann, aus der Staub- und Tretmühle seines Alltagslebens einen Tag befreit ist. Ankunft hier abends 7,57 Uhr. Morgens halb 7 Uhr Sammlung am Bahnhof. Proviant mitnehmen!

o. **Bühlertal**, 16. Mai. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich hier am letzten Samstag. Ein Kind stürzte in die Büllot und wäre sicher ertrunken, wenn nicht ein junger Mann sofort in das Wasser gesprungen wäre und das Kind gerettet hätte. Die Mutter hatte die Kinder sich selbst überlassen müssen, da sie dem Verdienst nachgehen muß.

l. **Gengenbach**, 18. Mai. An Christi Himmelfahrt unternehmen die Gesangvereine „Freiheit" Offenburg und Arbeitergesangverein „Freie Sänger" Gengenbach einen gemeinsamen Ausflug nach Zell a. H., um dem dortigen Brudergesangverein einen Besuch abzustatten. Die Offenburger Sänger und Sängerinnen treffen in Gengenbach morgens 7,17 Uhr ein. Die hiesigen Sänger sind zum Empfang am Bahnhof. Von da gehts zu Fuß über Wenks Höhenweg nach Zell a. H. (Marschdauer ungefähr 3½ Stunden, bequemer Weg). Mundvorrat mitnehmen, da unterwegs Rast gemacht wird. Ankunft in Zell ungefähr mittag 12 Uhr. Dort Liedervorträge der drei Vereine und gesellige Unterhaltung. Es wäre zu wünschen, daß nicht nur die Sänger und Sängerinnen am Ausflug teilnehmen, sondern auch alle Gewerkschaftler und sonstigen Freunde des Arbeitergesangs mit ihren Familienangehörigen.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 19. Mai.

Wahl des Vorsitzenden zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe.

In der gestern Abend stattgefundenen ersten **Vorstands-Sitzung der neugewählten Vorstandsmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse** stand die Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Nach den neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung kann nur Derjenige als gewählter Vorsitzender gelten, der die **Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer in getrennter Abstimmung** auf sich vereinigt. Der bisherige Vorsitzende der Kasse, Hof, bekleidete dieses Amt über 8 Jahre. Unter seiner Leitung hat die Kasse sich mustergültig entwickelt. In den verschiedensten Zweigen erfuhr die Kasse in den letzten Jahren **Erweiterungen zugunsten der Versicherten.** So wurde u. a. die Gewährung von Sterbegeldern für die Familienanghörigen, Gewährung freier Hebammendienste für die Ehefrauen der Versicherten, Gewährung von Stillgeldern an die weiblichen Mitglieder der Kasse, Errichtung einer 6. Lohnklasse, Gewährung einer ausgedehnten Zahnbehandlung der Mitglieder usw. eingeführt. Bei allen diesen Erweiterungen der Leistungen der Kasse hat man aber immer auch die **notwendige Rücksicht auf die Arbeitgeber genommen** und vor der Einführung der erweiterten Leistungen sich der Zustimmung der Arbeitgeber im Kassenvorstand gesichert. Man hätte nun annehmen können, daß bei der diesmaligen Wahl des Vorsitzenden auch die Arbeitgeber wiederum, wie früher, den bisherigen Vorsitzenden wählen würden. Dies war nicht der Fall. Die Arbeitgeber im Kassenvorstand erklärten einstimmig, daß sie Herrn Hof nach wie vor ihr Vertrauen entgegenbringen würden, und daß sie gegen die Person auch nicht das geringste einzuwenden hätten, allein sie hätten beschlossen, nachdem nun die Arbeitnehmer 18 Jahre den Vorsitzendenposten inne hatten, denselben für die nächsten 4 Jahre für sich zu beanspruchen. Für die nächste Periode sollte dann wieder ein Arbeitnehmer den Vorsitz erhalten. Abgesehen davon, daß die jetzt gewählten Vorstandsmitglieder doch kein bindendes Versprechen für die in 4 Jahren neu zu wählenden Vorstandsmitglieder abgeben können, erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer, **mit Ausnahme des christlichen Vertreters**, daß keine Veranlassung vorläge, den bisherigen Vorsitzenden nicht wieder zu wählen, zumal er in unparteiischer Weise die Geschäfte bisher geführt habe, was ja auch die Arbeitgeber anerkennen würden.

Von Seiten der Arbeitgeber wurde als 1. Vorsitzender Herr Malermeister Oberle vorgeschlagen, während von Seiten der Arbeitnehmer der bisherige Vorsitzende Hof vorgeschlagen wurde. Bei der nun folgenden Abstimmung erhielt Oberle die 4 Stimmen der Arbeitgeber, während Hof von 8 Stimmen der Arbeitnehmer 7 erhielt. Eine Stimme der Arbeitnehmer fiel auf Herrn Oberle.

Nach dem Ergebnis der Wahl ist eine **nochmalige Abstimmung notwendig**, dieselbe findet am Dienstag den 26. Mai statt. Ob dort ein gültige Wahl zustande kommt, läßt sich natürlich heute noch nicht sagen. Wir würden es sehr bedauern, wenn eine Einigung nicht erfolgen würde. Wenn die Arbeitgeber sich doch die einfache Frage vorlegen würden, für wen denn eigentlich die Krankenversicherung errichtet wurde, so müßten sie, wenn sie gerecht sein wollten, sagen, für die Versicherten, und dementsprechend haben auch die Versicherten das größte Interesse an der Krankenkasse. Verläuft die zweite Abstimmung wieder ergebnislos, so wird der Vorsitzende **von Amtswegen auf Kosten der Kasse ernannt, und die Selbstverwaltung ist ausgeschlossen.** Was die beamteten Vorsitzenden den Kassen kosten, haben verschiedene Kassen schon zu erfahren bekommen. So erhält u. a. der beamtete Vorsitzende der

KNORR

In der kleinsten Küche wie im feinsten Haushalt verwendet man jetzt Knorr-Suppenwürfel. Hervorragender Geschmack und große Ausgiebigkeit bahnen ihnen den Weg!

48 Sorten, wie: Spargel, Blumenkohl, Königin, Weibertreu. 1 Würfel 3 Teller 10 ₰

309

Leipziger Ortskrankenkasse 6000 Mk. Diese Beträge könnten doch sicher besser für die erkrankten Mitglieder angelegt werden.

Nachdem nun keine gültige Wahl zustande kam, wurde die Wahl des 2. Vorsitzenden auch auf Dienstag, 26. Mai, verschoben.

Bei der Wahl des Schriftführers wurde der seitherige Schriftführer, A. Clemens, einstimmig wiedergewählt. Bei der Wahl der Vertreter in den Krankenkassen-Verband wurden vonseiten der Arbeitgeber die Herren Rechtsanwalt W. Frey, Malermeister Oberle und Herr Fabrikant Th. Hessig vonseiten der Arbeitnehmer die Herren A. Clemens, W. Hof, O. Klaus, M. Pöhler, L. Rückert und Fr. Sigmund gewählt.

Fortschrittliches Wahlkränzchen in Mühlburg.

Nun hat auch der Fortschritt den öffentlichen Kampf um die Stadtverordnetenmandate begonnen. Gleich mit zwei öffentlichen Versammlungen, wohl um die „Massen" zu verteilen, trat er gestern Abend auf den Plan, in den „Tiroler" und in die „3 Linden" in Mühlburg hatte er öffentliche Versammlungen einberufen. Uns verschlug der Weg in die Versammlung in Mühlburg, nicht aus Neugierde und auch nicht weil wir befürchteten, unser Wissen an den gebotenen fortschrittlichen Weisheiten zu bereichern, sondern weil das schlechte Wetter uns hinderte, die Arena Rigi zu besuchen und wir aber dennoch den Abend für den Genuß akrobatischer Darbietungen vorgesehen hatten. Wir kamen auch bei den Fortschrittlern auf unsere Rechnung. Die Veranstaltung trug intimen Charakter, um ¼10 Uhr hatte Herr Gerard und sein „Referent", dessen Namen zu nennen der Versammlungsleiter sich beharrlich weigerte, 31 Männeken, inkl. Volksfreundredaktion, um sich versammelt, auf die dann der „Referent" das fortschrittliche „Kommunalprogramm" losließ. Zuerst gab noch Herr Gerard seiner Freude Ausdruck, daß die Befürchtungen, daß die städt. Verwaltungen sozialisiert wurden, nicht eingetreten seien, die sozialdemokratische Flutwelle habe sich überschlagen, den auch in der 3. Klasse sei bei der letzten Wahl die Allein-Herrschaft der Sozialdemokratie gebrochen worden; daß unsere Partei dafür, daß sie bei dem Proporz in der 3. Klasse einige Sitze abgeben mußte, in den anderen Klassen die „Alleinherrschaft" der bürgerlichen Parteien gebrochen hat, das vergißt Herr Gerard zu sagen. Man sah aber schon an dieser hochtrabenden Einleitung, daß selbst der miserable Besuch dieser Versammlung es nicht fertig brachte, die Herren bescheiden und weniger großspurig zu machen. Die Mundweite hatte eben ihr festes Maß. — Der „Referent", der dann loslegte entpuppte sich als ein recht gehässiger Sozialistenfresser. Es ist merkwürdig, sowohl bei den Nationalliberalen sowie von ihren Freunden links: Von Forderungen irgendeiner programmatischen Art hört man nichts, die Herren erzählen des langen und breiten, was die Stadt Alles und Schönes hat, es kommt den Herrschaften dabei nicht darauf an, mit Errungenschaften zu prunken die ihre Verwirklichung lediglich der Arbeit der Sozialdemokratie verdanken. Aber zu sagen: In der und der Richtung wünschen wir unser Kommunalwesen weiter entwickelt zu sehen, das bringen sie nicht fertig. Weil sie das Gesamtinteresse der Bürgerschaft vertreten. Das ist das Schlagwort, das der Nationalliberalismus und der Fortschritt für diese Wahlen erfunden hat. Und wenn man Gesamtinteressen vertritt, d. h. auf die Stimmen aller Wähler spekuliert — damit ist dann das Gesamtinteresse erschöpft —, deshalb darf man sich nach keiner Richtung hin festlegen, um keine Wählergruppe abzustoßen.

Nach der Wahl ist es natürlich wieder anders. Wir meinen, solchem scheinheiligen Gebahren gegenüber täten die Wähler doch gut, ihr Vertrauen der Partei zu schenken, die immer geschmäht wird, sie vertrete einseitig Klasseninteressen, die aber gerade in den letzten drei Jahren ihrer Tätigkeit auf dem Rathause gezeigt hat, daß die Interessen, die sie vertrat, sich immer mit den Interessen des weitaus überwiegenden Teils der Bevölkerung, also der Gesamtheit, deckten. Denn: Ist vielleicht das Eintreten für die Gemeindegie, für Ausbau der Volksschule, für Schaffung besserer Wohnungsverhältnisse, für Förderung der Bildungsmöglichkeiten usf. usf., ist das „Eintreten für einseitige Klasseninteressen"? Oder sind das nicht Dinge, an deren Verwirklichung alle Bevölkerungsschichten ein Interesse haben, an denen die Gesamtheit Nutznießer wird? Also man bleibe uns mit dem Schlagwort des Herrn Rebmann vom Leibe. Weder die Nationalliberalen noch der Fortschritt werden damit Eindruck machen. Das kann sich auch der „Referent" und Sozialistenfresser im Mühlburger Fortschrittskränzchen von gestern abend merken.

---

* **Einwohnerzahl.** Nach der Berechnung des städtischen Statistischen Amtes hatte die Stadt Karlsruhe Ende April 143 880 Einwohner.

Neues vom Tage.

Ergebnis des ersten Flugtages.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Der erste Abschnitt des Prinz-Heinrich-Fluges bedeutet, wie die Oberleitung des Fluges in einem Resume bekannt gibt, in flugtechnischer Beziehung einen großen Erfolg, der allerdings durch Opfer erkauft ist. Die Organisation des Hilfsdienstes hat sich gut bewährt. Denn es konnte sowohl den Verletzten Fliegern schnell Hilfe gebracht als auch bei Notlandungen schnell Hilfsmaterial herbeigeschafft werden. Die dem Fluge beiwohnenden fremdländischen Offiziere und zwar der großbritannische Oberstleutnant Sir Allic Russel und sein Landsmann Kapitän Handerson, sowie der schwedische Generalstabsoffizier Graf Douglas äußerten sich wiederholt sehr anerkennend über die ausgezeichnete Durchführung der Landung auf dem Frankfurter Fluggelände.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Zur Fortsetzung der ersten Etappe startet in Mingolsheim das Flugzeug 14, Führer Emrich, um 9,15 Ukr. Um 9,30 Uhr landete das Flugzeug auf dem Exerzierplatz in Bruchsal.

Mainz, 18. Mai. **Leutnant Rhode, Beobachter des Flugzeuges 6, das gestern abgestürzt ist, ist gestern nacht um 11,25 Uhr seinen Verletzungen erlegen.**

Kommunalwahlen im Reichslande.

Straßburg, 18. Mai. **Die Gemeinderatswahlen gaben den Sieg der Sozialdemokraten. In Mülhausen besonders ist der Sieg ein vollständiger. Sie haben von den 36 Sitzen bereits 17 erhalten. In Straßburg sind die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang gewählt worden. Für die übrigen Sitze werden am nächsten Donnerstag Stichwahlen stattfinden. Das Hauptereignis des ganzen Landes, das mit großer Spannung erwartet wurde und für die ganze innere Politik von Bedeutung ist, ist der Wahlkampf in Kolmar. Seit Wochen wurde von fortschrittlicher Seite ein erbitterter Kampf gegen den Bürgermeister von Kolmar und den früheren Abgeordneten Blumenthal, dem Freunde des Abgeordneten Wetterle, geführt, mit dem Endziel, den Bürgermeister zu Fall zu bringen. Wie jetzt feststeht, ist der Sieg der Koalition über Blumenthal ein vollständiger. Im ersten Wahlgang in Kolmar sind gewählt: 11 Kandidmaten des Linksblocks und ein Zentrumskandidat. Bürgermeister Blumenthal erhielt 2520 Stimmen, während die absolute Mehrheit 2966 beträgt.**

Metz, 18. Mai. **Von der Kompromißliste (30 Kandidaten) sind 22 gewählt: 8 von der Lothringer Gruppe, je sieben von den Fortschrittlern und Zentrum. Es haben acht Nachwahlen stattzufinden. In Sablon ist der bisherige Bürgermeister Dr. Rech wiedergewählt worden.**

*

Preßstimmen. Zum Resultat der Gemeinderatswahlen schreibt die Straßburger „Freie Presse":

„Die Sozialdemokratie marschiert! Die Scharte von 1908 ist ausgewetzt! Die Sozialdemokratie ist auch auf kommunalpolitischem Gebiete im Vormarsche begriffen. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß die Erfolge unserer Partei bei den Landtags- und Reichstagswahlen in den Jahren 1911 und 1912 keine Zufallserfolge waren. Trotz des der Arbeiterschaft wenig günstigen Gemeinderatswahlrechts gelang es doch, einen ähnlichen Vorstoß wie damals zu machen. Die 1908 verlorenen Positionen wurden nicht nur in verstärktem Maßstabe wieder gewonnen, es wurde außerdem noch Neuland erobert. Ja, wir haben sogar eine ländliche Gemeinde mit sozialistischer Mehrheit zu verzeichnen. Günsbach im Kreise Kolmar, bei Landtags- und Reichstagswahlen eine Hochburg der Sozialdemokratie, entsendet acht Vertreter auf das Gemeindehaus. Ihre ganze Liste wurde glatt gewählt. Die Bürgerlichen müssen sich mit dem Rest von vier Mandaten begnügen. Auf das Mülhauser Rathaus zieht mit ziemlicher Sicherheit ebenfalls eine sozialistische Mehrheit ein. Siebzehn Genossen sind dort bereits gewählt. In der Landeshauptstadt eroberten wir im ersten Ansturm neun Mandate. Kommt da der freiwillige Proporz zustande, so erhöht sich unsere Mandatsziffer auf mindestens sechzehn. Der alte Besitzstand wird damit wieder erreicht, trotz der inzwischen aufgehobenen, unserer Partei günstigen Bezirkseinteilung der inneren Stadt. Kommt der Proporz nicht zustande, wagen die Bürgerlichen einen zweiten Wahlgang, gegen uns, dann dürfte auch der guten alten Stadt Straßburg eine sozialistische

Billiger Pfingst-

Reklame-Verkauf

Nicht allein in der vorzüglichen Qualität der Stoffe, sondern auch hauptsächlich in unserer erstklassigen Innen-Verarbeitung, darunter ein Teil unserer **eigenen Anfertigung** ist, liegt das Geheimnis, dass wir in eleganten Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidern ein ausserordentlich billiges Pfingstangebot machen können. Beachten Sie besonders unsere angeführten

4 Spezial-Marken. 1069

Herren-Anzüge in neuesten Farben

Marke „Newyork" Mk. **36.-**
Marke „London" Mk. **42.-**
Marke „Berlin" Mk. **46.-**
Marke „Wien" Mk. **54.-**

Sportanzüge, Frühjahrs-Paletot, Pelerinen, Bozener Mäntel, Hosen, Lüstre- und Wasch-Joppen in enormer Auswahl.

Herren-Anzüge sind in 30 Größen am Lager.

Bis Pfingsten **10** % Rabatt.

Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung

Die 4 Spezialmarken sind in unseren Schaufenstern ausgestellt.

Kaiserstr. 46 **Mees & Löwe, Karlsruhe** Kaiserstr. 46

Gemeinderatsmehrheit nicht erspart bleiben. Auch aus dem Lande liegen recht gute Nachrichten vor. In Kolmar bleibt Blumenthal auf der Strecke. Er steht als letzter auf der klerikal-demokratischen Liste, wurde also von den eigenen Parteigängern nicht gewählt. Dafür zieht Genosse Hindelang wieder auf das Rathau ein, mit ihm zehn bürgerliche Kandidaten der Blockliste und ein Zentrümler. Blumenthals Ende ist besiegelt. Es folgte auch der diesmalige Aufmarsch der Parteien in ganz anderer Weise als vor sechs Jahren. Kam es auch diesmal nicht zu einem Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, so ist doch deren Vormarsch nicht auf die veränderte Taktik der Gegner, sondern auf den Umschwung der politischen Gesinnung der Wähler zurückzuführen. Wäre der Zusammenschluß der Bürgerlichen auch diesmal erfolgt, dann wären zweifellos die sozialdemokratischen Erfolge nicht geringer, sie wären eher größer. Den besten Beweis hierfür bietet das Resultat von Metz. Bei einer ständig fluktuierenden Arbeiterschaft sind dort die Gemeinderatswahlen für unsere Partei immer außerordentlich ungünstig. Aber trotz des unter Führung des Zentrums abgeschlossenen Kudelmuddels gelang es den vereinigten bürgerlichen Parteien nicht, ihre Liste völlig durchzubringen. Es haben nicht weniger als 19 Nachwahlen stattzufinden, die zweifellos die Wahl mehrerer Sozialdemokraten ergeben werden.

So ist denn das Resultat des gestrigen Wahltages ein siegreiches Vordringen des sozialistischen Gedankens auf kommunalem Gebiete zu buchen. Der nächste Sonntag wird vollenden, was am gestrigen Tage in so glänzender Weise begonnen: die Sozialdemokratie wird in den nächsten sechs Jahren imstande sein, auch auf den Rathäusern Elsaß-Lothringens ihre fruchtbringende Tätigkeit auszuüben zum Heil der Arbeiterklasse, zum Heil der minderbemittelten Bevölkerung, zum Wohle des Volksganzen.

Letzte Nachrichten.

Keine preußische Wahlreform.

Berlin, 18. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Innern, daß die von dem Abgeordneten Dr. Pachnicke an ihn gerichtete Frage, ob er beabsichtige, dem Landtag eine neue Wahlrechtsvorlage vorzulegen, mit Nein beantwortet werden müsse.

Reichstagsstichwahl.

Stendal, 18. Mai. Die Stichwahl im Kreise Osterburg-Stendal ist auf den 25. d. M. festgesetzt worden.

Ein bemerkenswerter Beschluß belgischer Sozialdemokraten.

Brüssel, 18. Mai. In der Brüsseler Stadtverordnetenversammlung die die nötigen Mittel für einen offiziellen Empfang des dänischen Königspaares, das am Dienstag hier eintreffen wird, bewilligen sollte, erklärte der Führer der Sozialisten: Die Sozialisten haben bei ähnlichen Anlässen stets einen energischen Protest erhoben. Dieses Mal werden wir es nicht tun. König Christian ist ein demokratischer König, dessen Haltung wiederholt gelobt werden konnte. Deshalb werden die Sozialisten gegen den geforderten Kredit nicht protestieren.

Der schwedische Reichstag.

Stockholm, 18. Mai. Der Reichstag ist heute eröffnet und das Präsidium beider Kammern wiedergewählt worden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: **Hermann Kadel**; für den übrigen Inhalt: **Hermann Winter**; für die Inserate: **Gustav Krüger**, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit".) Aus besonderem Anlaß Zusammenkunft der Sänger heute abend 8 Uhr im Lokal. 9 Uhr Singstunde. 1089

Haggfeld. (Sozialdem. Verein.) Kommenden Mittwoch, den 20. Mai, abends halb 9 Uhr, in der „Kanne" Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. 1090

Kufeke
-Kindernahrung
-Krankenkost
Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2.65 m, gef. 11 cm, Kehl 3.52 m, gef. 7 cm, Maxau 5.41 m, gef. 0 cm, Mannheim 4.87 m, gef. 6 cm.

Vera Gold 3 ₰

Das Eisen ist der Träger des Lebens.

Die eisenhaltige Substanz des Blutes allein hat die Fähigkeit, Sauerstoff und Kohlensäure zu binden und somit Vermittler zu sein zwischen den Körperzellen und der Luft, die den zum Leben nötigen Sauerstoff spendet und die ausgeatmete Kohlensäure aufnimmt. Enthält das Blut die richtige Menge Eisen, gehen die Lebensvorgänge normal von statten. Fehlt davon ein Bruchteil, ist der Körper krank. Soll er gesunden, muß ihm Eisen zugeführt werden.

Darum Eisen ins Blut!

Als zu Eisenkuren zu Hause vorzüglich geeignet, gilt der Lamscheider Stahlbrunnen. — Kurerfolge: „Ich bestätige gern den außerordentlich guten Erfolg Ihres Lamscheider Stahlbrunnens. Ich ließ für eine an Morbus Basedowi, hochgradiger Blutarmut und Appetitlosigkeit leidende Patientin 30 Flaschen bestellen. Die Patientin nahm zu an Appetit und Gewicht, auch ihre allgemeinen nervösen Beschwerden wurden in erheblicher Weise gebessert. Ich kann also den Gebrauch des Lamscheider Stahlbrunnen mit gutem Gewissen warm empfehlen." — „Mit den Erfolgen, die ich bei Bleichsüchtigen habe beobachten können, war ich außerordentlich zufrieden. Schon nach kurzem Gebrauch des Wassers schwanden bei allen Patienten die Müdigkeitserscheinungen und ein auffallender Appetit stellte sich ein, was ich als besonderen Vorzug des Brunnens ansehe. Ueble Begleiterscheinungen des Kurgebrauchs habe ich niemals beobachtet." — Ausführliche Mitteilungen über Anwendungsgebiet, Kurerfolge u. Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen, Boppard a. Rh. S.O. 388.

Preiswerte Knaben-
Stroh-Hüte
Matelot- und Panama-Formen
Alle Geflechtarten
Riesen-Auswahl ohnegleichen.
Bast-Geflecht
95 ₰ 1.90 2.25 2.80 3.50
Stroh-Geflecht
65 ₰ 90 ₰ 1.30 1.80 2.50 3.25 bis 6.50
Hut-Modehaus
Wilh Zeumer
Hoflieferant Kaiserstr. 125/27.

Verband der Maler

Filiale Karlsruhe. Zahlstelle Neureut.

Todes-Anzeige.

Hiermit machen wir unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Carl Baumann

in Teutsch-Neureut im Alter von 26 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

1088 Die Filialverwaltung.

Gesangverein Bruderbund
Karlsruhe-Mühlburg.
Donnerstag, 21. ds. Mts. (Christi Himmelfahrt) findet hinter der Grenadierkaserne unser diesjähriges
Großes Waldfest
verbunden mit Instrumental- und Vokal-Konzert, Gesangsvorträgen und Preisschießen statt.
Für vorzüglichen Stoff hell und dunkel Lagerbier sowie alle Sorten Eßwaren zu Tagespreisen ist bestens Sorge getragen. Ebenso ist für tadellose Bedienung gesorgt.
Zu dieser Veranstaltung laden wir unsere Mitglieder nebst Familienangehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins höflichst ein. 1095
Der Vorstand.

Sonder-Ausstellung badischer Korbwaren
in der Ausstellungshalle des Grossh. Landesgewerbeamtes Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 17
vom 17. Mai bis 7. Juni ds. Js.
Besuchszeiten:
An Werktagen von 10 bis 1 und 3 bis 6 Uhr.
An Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.
Besuch unentgeltlich.

Karlsruher Familien-**Krankenkasse**
(unter staatl. Aufsicht)
gewährt Arzt, Apotheke usw. Freie Arztwahl. 811
Prospekte sind erhältlich in den Filialen:
Oststadt: Ostendstr. 6 III r.
Mittelstadt: Zähringerstr. 82 II
Weststadt: Grenzstraße 34 I
Südstadt: Morgenstraße 6 II

Sonderpreise!
10% Rabatt auf
Kostüme, Sommermäntel, Kostümröcke, Blusen, Unterröcke.
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Keine Ladenspesen. 1034

Gebrauchte Möbel
aller Art, sowie ganze 1086
Haushaltungen
kauft fortwährend zu hoh. Preisen
D. Gutmann, Rudolfstr. 12.

Sportwagen (Lieg- u. Sitzwagen), gut erhalt., mit Gummireifen, billig abzugeb. Humboldtstr. 12. IV. l.

Gebrauchte Möbel
billig zu verkaufen. 1087
Schöne gute Betten, gleichhohe und mit hohem Haupt, Dienstbotenbetten, Federbetten, Roßhaarmatratzen usw., 6 eintürige, 5 zweitür. Schränke, 4 polierte Chiffonniere, Vertikos, schöne Kommode, Nachttische, Zimmer- und Küchentische, Stühle, darunter mit hoher Lehne von 1 Mk. an, schöne Spiegel, Küchenschränke, 1 Schreibtisch, Plüschdiwan, sehr gute Singer-Nähmaschine, 1 Damenfahrrad, sowie sonstige Möbel aller Art werden staunend billig verkauft bei
D. Gutmann, Rudolfstr. 12.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisekoffer.
Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft **Levy**
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Heck- u. Flugkäfige neue eich., für Weich- u. Hartfresser, ebenso Futterkästen für Außen-Fütterung zu verkaufen. 1074
Durlacherstr. 56. 3. St.

Auf Teilzahlung
Möbel, Herren-Konfektion, Wäsche, Gardinen 2c.
bequeme An- und Abzahlung.
Möbelhaus Pistiner,
Schützenstr. 17. 1048

Zu verkaufen: komplettes schönes Bett 40 Mk., poliertes Vertiko 32 Mk., Sofa 10 Mk., Waschkommode 12 Mk., schönes eis. Kinderbett mit Matratze 15 Mk. schöner Küchenschrank, Tisch, Stühle, Regulateur, alles sehr billig. 1073
Uhlandstraße 12. parterre.

Trunksüchtige
und deren Angehörige
wenden sich an die
Beratungsstelle für Alkohol-Kranke
im Obergeschoss der Krankenkassenverwaltung 6903
Gartenstrasse 14/16.
Kostenfreie Auskunft an jedermann.
Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr

Herrenrad, gut erh., billig zu verk. Haggfeld, Schulstr. 41. 1078

Kinderwagen, gut erhalt., für 12 Mk. zu verk. Kaiserstr. 59.

Größere Posten 434

Herrenkleider-stoff-Reste

in nur ausgesuchten Ia Qualitäten sind enorm billig abzugeben

Kaiserstraße 133 1 Treppe hoch

Ecke Kaiser- und Kreuzstraße (Eingang bei der kleinen Kirche).

Eilt! Eilt!

I. Grosse Karlsruher

Geld-Lotterie

z. Erbauung eines Seminars f. Haushaltgs.-Lehrerinnen. Ziehung garantiert 23. Mai. 1713 Geldgew. ohne Abzug

19000 M.

Hauptgewinn bar Geld

10000 M.

51. Offenburg. Lotterie

Ziehung garantiert 4. Juni. Gesamtwert der Gewinne:

30000 M.

14 Gewinne:

15000 M.

586 Gewinne 919

15000 M.

Obige Lose je Mark 1.— (11 L. 10 M., Porto u. Liste je 25 Pfg.) empfiehlt und versendet Lott.-Unternehmer

J. Stürmer

Straßburg i. E., Langstraße 107. Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 47.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flüge,

J. Dahringer, Fr. Haselwander.

Diwans

Große Auswahl in neuen Plüschdiwans von 35 u. 40 M an, hochf. mod. Deffins v. 55 M an (Keine Faritware). Polstermöbelhaus Köhler, Schützenstraße 25. 747

Pfannkuch & Co

Eier!

Unsere Spezialität

Vollfrische Trink-Eier

extra schwer (gestempelt)

10 Stück **80**

schwer, sortierte

Sied-Eier

10 Stück **70**

Frische Koch-Eier

10 Stück **65**

Denkbar größte Leistungsfähigkeit bei billigen Preisen, weil direkte Waggons in eigener Leuchtabteilung fachmännisch geprüft und sortiert werden.

Pfannkuch & Co G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

1091

Serie I

25 Mark Einheitspreis

VIATOR

VIATOR

Deutsche Industrie, solide, tragfähige Qualität :-: :-: per Anzug 3,25 Meter, Netto Casse.

Wilh. Wolf jr.

Kaiserstraße 82 a

Engros-Tuchabteilung. Eing. Lammstr.

996

Serie II

20 Mark Einheitspreis

VIATOR

Apfelgold

das beste moussierende Apfel-Getränk.

Ueberall erhältlich.

Tel. Karlsruhe Nr. 2701.

Tel. Durlach Nr. 16.

715

Sängerbund Vorwärts Durlach.

Donnerstag (Himmelfahrtstag), den 21. Mai, findet ein

Vereins-Ausflug

nach Liebenzell, Hirsau, Calw, Teinach statt. Abfahrt vormittags 6.50 Uhr ab Bahnhof Durlach.

Hierzu laden wir unsere verehrlichen aktiven und passiven Mitglieder sangesfreundlichst ein. 1084

Der Vorstand.

Fahndung.

In der Zeit vom 6. bis 14. Mai 1914 wurden aus dem Hause Vorholzstraße Nr. 2 hier die nachverzeichneten Gegenstände gestohlen:

2 Zinnleuchter, 1 Zinnkrug mit Deckel, 1 große Zinnplatte mit Relief, 1 alte mit Relief getriebene Zinnplatte, 1 Zinnteller mit altem Wappen, 1 kleiner Zinnteller, mit zwei Buchstaben, 1 Zinnschüssel mit zwei Henkeln, 1 Zinnvase, 4 Stück Alt-Wiener Kaffeetassen (bemalt), 2 Bilder Alt-Holländische Malerei, (15/10 cm groß) mit braunen wurmstichigen glatten Holzrahmen. Das Bild stellt einen Mann und eine Frau am Fenster eines Häuschens dar, auf der Rückseite ist der Name des Malers van Goy verzeichnet. 1 Bild ca. 15/10 cm groß, Luise von Frankreich darstellend in schmalem, goldenem, Louis XVI.-Rahmen, 3 Kaffeelöffel mit Kunstemaileinlagen.

Der Geschädigte hat für die Wiederbeibringung der Gegenstände **eine Belohnung von 100 Mk.** ausgesetzt.

Ich bitte um Mitteilung von Anhaltspunkten, die zur Ermittelung des Täters führen. 1085

Karlsruhe, den 18. Mai 1914.

Der Großh. Staatsanwalt II.

Weltkinematograph

Kaiserstrasse, Ecke Kreuzstrasse.

Ab Dienstag, den 19. bis inkl. 22. Mai 1914:

Späte Sühne

Spannendes Detektivdrama.

Die Dame mit der Maske

Lustspiel in drei Akten.

Die Falschheit des Feindes

Wildwestschlager 1080

sowie das sonst auserlesene Programm.

Herren- Burschen- Knaben- **Anzüge**

staunend billig!

3a Kriegstraße 3a

Eingang Rüppurrerstraße. Geöffnet tägl. von 8—8 Uhr.

Samstag u. Sonntag geschloss.

Bulach. Hauptstr. 141, II., ist ein gut möbl. Zimmer sofort billig zu vermieten.

Damen-Fahrrad, gut erh., m. Freil. billig zu verk. Dorotheastr. 14.

Pfannkuch & Co

Himbeersaft

offen per Pfd. **60** ₰

Flasche **60, 75** ₰ **1.25, 1.70**

Zitronensaft

Fl. **35** u. **60** ₰

Brausebonbon

Stück **2** und **5** ₰

Karton 10 St. **40** ₰

Touren-Proviant aller Art.

Pfannkuch & Co G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Restaur. Gold. Faß

1077 Wielandstr. 18

Morgen Mittwoch

Schlachttag.

Mittagstisch in und außer Abonnement. R. Genter.

Neue Anzüge,

gute Qualität, spottbillig

Getr. Anzüge

v. 8 Mk. an, Westen v. 80 Pfg. an, Hosen von 2 Mk. an, Joppen von 3 Mk. an. 1075

Gelegenheits-Kaufhaus

55 Werderstraße 55.

Geöffnet täglich von 8—8 Uhr. Samstag u. Sonntag geschlossen.

Arbeiterwäsche z. waschen, bügeln u. flicken wird angen. Fr. Degenhardt, Gerwigstr. 43, 5. St.

Rucksäcke

für Kinder u. Erwachsene

Rucksackstützen

Sport-Taschen

Gamaschen

Hosenträger

bekannt solid und billig.

Kofferhaus

Geschw. Lämmle

Kronenstraße 51.

629

Herren-Fahrrad f. 25 M. u. 60 M. zu verkaufen. Hirschstraße 64, Seitenbau 2. St. 1072

Erstklassige

Schneider

finden Jahresstelle bei höchstem Verdienst (auf Tag oder Stück) bei 1082

Hans Leyendecker.

Junge, tücht. Kellnerin

nimmt noch Aushilfsplätze, gleich welcher Tag, oder für ständig. 1079

Zu erfr. Philippstr. 7, 1. St.

Carl König

Dentist

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124 b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

Bevor Sie ihren Bedarf in

Schuhwaren

decken, besichtigen Sie mein Lager.

Nur gute solide Ware bei billigster Berechnung.

Touristen-Stiefel frisch eingeführt. 1049

J. Madlener, Rüppurrerstraße 20.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 6. u. 9. Mai: Karl Hermann, V. Gotthilf Karl Wilhelm, Fabrikarbeiter. Käthchen Babette, V. Nikolaus Valentin Reiß, Mechaniker.

Eheschließungen vom 9. und 14. Mai: Julius Raviol, Fabrikarbeiter von Heidelberg, und Frieda Soulier von Palmbach. Heinrich Christian Burger, Buchbinder von Heidelberg, und Luise Lisette Weiler von hier. Jakob Friedrich Herr, Techniker von Rastatt, und Christian Ruf von Gutach, Amt Wolfach.

Gestorben vom 9.—14. Mai: Frida Margareta, V. Max Friedrich Schäfer, Chorsänger, 1 Jahr 2 Monate alt. Hermann Maier, Stadtmesner, Ehemann, 30 Jahre alt. Hans Karl, V. Thimotheus Schutzbach, Fabrikarbeiter, 8 Wochen alt. Katharina geborene Roser, Ehefrau des Karl Friedrich Walther, Schreiner, 73¾ Jahre alt. Karoline, geborene Eiermann, Ehefrau des Andreas Frieß alt, Weingärtner 72¼ Jahre alt.

Der Weihnachtsmann wird hoch geehrt
Wenn er Erdal Schuh-Crême beschert.

Der Einsender von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 25 ABC-Künstlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.